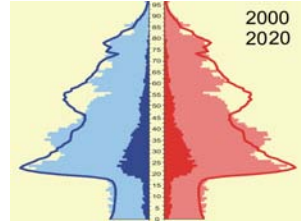


Heidelberg Stadt der Zukunft



Demographischer Wandel

Bevölkerungsentwicklung

Einschätzung der Folgen und Konsequenzen

Zielentwicklung

Strategien und Maßnahmen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Soziodemographischer Wandel und Herausforderungen für die Stadtentwicklung	1
2. Erläuterung zur synoptischen Darstellung der Ämterumfrage	11
3. Synoptische Darstellung der Ergebnisse der Ämterumfrage zum demographischen Wandel	13
4. Erläuterung der Ziele und Unterziele des Stadtentwicklungsplans 2010	35

1. Soziodemographischer Wandel und Herausforderungen für die Stadtentwicklung

Alle Prognosen zur demographischen Entwicklung in Deutschland stimmen darin überein, dass es je nach Region früher oder später zu teilweise tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur kommen wird. Die Zukunft ist vor allem durch Bevölkerungsrückgang, Fortschreiten der demographischen Alterung ethnische und kulturelle Vielfalt und veränderte Haushalts- und Familienstrukturen gekennzeichnet. Die Debatte wird in vielen Städten bereits heute durch die Begriffe Rückbau, Schrumpfung, Pluralisierung und Heterogenisierung, Alterung und Vereinzelung geprägt.

Die Entwicklung ist jedoch nicht einheitlich. Diese Erwartungen werden erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle kommunalen Handlungsfelder haben und sich regional sehr unterschiedlich niederschlagen. Auch die Zeitfenster, in denen sich diese Prozesse vollziehen werden, werden je nach Region und Kommune unterschiedlich sein. Wirtschaftlich prosperierende Regionen und Kommunen werden vor allem bis 2020 noch einem starken Zuwanderungsdruck ausgesetzt sein. Dieser Prozess stellt erhebliche Anforderungen an den lokalen Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie an die Integrationsfähigkeit.

„Weniger - älter - bunter“ klingt relativ harmlos angesichts der möglichen Konsequenzen, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben. Anpassungen dürften in nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens notwendig werden und sich auch in der Raumstruktur niederschlagen. Städte und Gemeinden als Lebensraum werden an Bedeutung für die Menschen gewinnen.

Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, deren Rahmendaten schon relativ klar erkennbar und mit Zahlen belegbar sind, deren Folgen für die Stadtentwicklung jedoch noch unscharf erscheinen. Wir erleben die Gleichzeitigkeit höchst verschiedenartiger Veränderungen, die sich wechselseitig verschränken und in ihren Wirkungen verstärken.¹ Die daraus resultierenden Chancen und Risiken für die Zukunft sind offen. Der vorliegende Bericht versucht, diese Folgen und die daraus resultierenden Handlungsfelder für Heidelberg anhand ausgewählter Politikbereiche zu skizzieren. Er basiert sowohl auf vorliegenden wissenschaftlichen Analysen als auch auf dem Ergebnis der Einschätzung der lokalen Wirkungen und erforderlichen Maßnahmen durch die einzelnen Fachämter.² Dabei wird es zunächst nur um erste Trends und Einschätzungen gehen, die im Einzelfall noch vertieft werden müssen.

¹ Vgl. hierzu den informativen Beitrag von Warnfried Dettling, Stadtpolitik im Umbruch Globale Trends und gesellschaftlicher Wandel, in: vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Zwischen Krise und Kreativität: Die Stadt im Wandel, Nr. 165 März 2004, S. 3 – 8. Dettling führt neben dem demographischen Wandel, Globalisierung, Digitalisierung, Migration sowie die „Neuverteilung der Macht“ zwischen den Geschlechtern als die prägenden Veränderungen an. Er bezeichnet die gegenwärtige Gesellschaft als Transformationsgesellschaft, in der „alte Institutionen nicht mehr tragen und neue noch nicht gefunden sind.“ Ursächlich für viele Probleme sei die „fehlende Passung (Mismatch)“ zwischen (alten) Institutionen und neuen Realitäten in Zeiten des Übergangs. Für Städte und Gemeinden folgert er daraus, dass nicht die Veränderungen als solche seien das Problem, sondern die Art und Weise, „wie die Eliten im Staat, Wirtschaft und Gesellschaft darauf reagieren, ob sie Wirklichkeit verdrängen so lange es geht, oder ob sie zu strukturellen Reformen bereit sind.“ Unter „**Globalisierung**“ versteht er einen weltweiten Wettbewerb der immobilen Produktionsfaktoren (Standorte) um die mobilen Produktionsfaktoren Wissen und Kapital. Nach Dettling wird Wissen, vor allem der kreative Umgang mit Wissen und Informationen zum entscheidenden Produktionsfaktor, wenn daraus Produkte, Verfahren und Programme entstehen. Es sei eine Schlüsselfrage für ein Land, eine Stadt, ein Unternehmen oder eine Gewerkschaft, ob sie in der Lage seien, „genügend Leute zu versammeln, die zu einem kreativen Umgang mit Wissen fähig sind.“ Man müsse sich erst einmal vergewissern, was geschieht wenn nichts geschieht, wie die Städte in zwanzig Jahren aussehen werden, wenn die Entwicklung einfach in die Zukunft hinein verlängert würde. ,a. a.O., S. 3, 4

² Ergebnis der Ämterumfrage zum Thema „Demographischer Wandel“, veranlasst durch die Oberbürgermeisterin im Februar 2004.

Der Themenschwerpunkt „**Soziodemographischer Wandel**“ wird in den nächsten Jahren zu einem zentralen Thema innerhalb der Stadtverwaltung und in der öffentlichen Diskussion werden. Deren Konsequenzen sind für die drei Ebenen zu reflektieren, unter denen „Stadt“ verstanden und behandelt werden kann: als gebaute Stadt, als Lebensform (urbane Lebensweise) und als Institution (Kommune).

Die Stadtverwaltung wird zusammen mit den Beteiligungsgesellschaften einzelne Fragestellungen des vorliegenden Arbeitspapiers vertiefen und dem Gemeinderat konkrete Handlungsvorschläge unterbreiten.

Die 10 wichtigsten soziodemographischen Trends für Heidelberg im Überblick unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen:

1. Deutliche Zunahme der Bevölkerung bis 2020, allerdings nur aufgrund von Wanderungen, danach Stagnation, ab 2030 deutliche Abnahme.³ Die Region um Heidelberg entwickelt sich ebenfalls positiv, jedoch mit leichtem Abstand.
2. Die Geburtenziffer wird bei 0,9 sehr niedrig bleiben (Bund: 1,4). In dem fünfzehnjährigen Prognosezeitraum wird von einer weiter steigenden Lebenserwartung ausgegangen. Die Zuwanderung überkompensiert den bis 2020 jährlichen negativen Geburtensaldo.⁴
3. Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (0 bis unter 20 J.) wird bis 2020 erheblich stärker als im Land oder Bund sinken. Die positive Bevölkerungsentwicklung wird vor allem durch die Altersgruppen zwischen 18 und 30 Jahren bestimmt.
4. Der Anteil der Erwerbsfähigen wird bis 2020 zwar nicht zurückgehen, sich aber im Altersaufbau erheblich nach oben verschieben. Dies trifft auch auf den Teilzeitarbeitsmarkt zu, der zunehmend von Älteren neu „entdeckt“ wird.
5. Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren nimmt stark zu, darunter vor allem die Zahl der 80-Jährigen und Älteren.
6. Es wird von einem wachsenden Ausländeranteil ausgegangen (Anstieg auf ca. 20%). Der Anteil v.a. der älteren Ausländer über 65 Jahre wird wegen der sich abschwächenden Rückwanderung in die ehemaligen Herkunftsländer deutlich steigen.

³ Die jüngste, 2003 veröffentlichte **Prognose des Statistischen Landesamtes** Baden-Württemberg umfasst den Zeitraum 2002 bis 2020. Unter Berücksichtigung der Entwicklung bis Ende 2003 wird Heidelberg zwischen 2004 und 2020 von knapp 143.000 Einwohnern auf rund 151.100 Einwohner (+ 8.100 Einwohner = + 5,7%) mit Hauptwohnsitz anwachsen. Die **eigene Prognose** auf der Basis der sogenannten Wohnberechtigten Bevölkerung (Einwohner mit Haupt- oder Nebenwohnsitz) geht in der mittleren Variante (MV) aufgrund des Einbezugs der jüngsten, deutlich abgeschwächteren Entwicklung von einem etwas verhalteneren Zuwachs aus. Die Ausgangsbevölkerung Ende 2003 (**148.500 Wohnberechtigte**) steigt bis Ende 2020 auf **154.900** Personen (+ 6.400 Wohnberechtigte = + 4,3 %) an. Nur in der Maximalvariante kann ein Plus von über 8.000 Einwohnern erreicht werden. Deren Eintreten ist jedoch aufgrund der lokalen Wohnungsmarktbedingungen höchst unwahrscheinlich. Für das Eintreffen der Einwohnerzunahme nach der MV ist ein rascher **Baufortschritt in der Bahnstadt** eine der wesentlichen Rahmenbedingungen.

⁴ Der negative Geburtensaldo stabilisiert sich auf niedrigem Niveau (ca. - 250 Personen). Der Wanderungssaldo wird mit einem Plus von durchschnittlich 650 Personen hoch positiv sein und den negativen Geburtensaldo überkompensieren.

7. Es ist weiterhin von einer Zunahme alternativer Lebensgemeinschaften, Ein-Eltern-Familien; kinderlose Paare, Alleinlebende (Singles) auszugehen. Die Verkleinerung der Haushalte wird anhalten. Die bereits seit langem beobachtbare Verschlankung der verwandtschaftlichen Netze wird sich verstärken. Die neuen Formen des Zusammenlebens (Konsekutiv-Partnerschaften /-Ehen, living apart at home, etc.) werden auch in Zukunft für die Wissenschaftsstadt Heidelberg, und damit für deren soziales Leben und den Wohnungsmarkt, eine hohe Bedeutung haben.⁵ Die Entwicklungsrichtung ist jedoch nicht einseitig. Der Trend zur Heterogenisierung und Vereinzelung⁶ kann durchaus durchbrochen werden.
8. Gleichzeitig wird ein neuer Trend zur Kontinuität festgestellt, der sich an Partnerschaft, Familie und Kinder als zentrale „Lebensbereiche“ orientiert. Unterstützende Familienbeziehungen werden danach auch über Haushaltsgrenzen weiterhin gelebt und wegen der fehlenden staatlichen Transferleistungen intensiviert. Die freiwillige Bindung an die Eltern und deren Lebenswelt (Wohnung, Transfer- und Serviceleistungen) nimmt nicht nur aus Bequemlichkeitsgründen, sondern auch aus ökonomischen Zwängen zu (sogenanntes Cocooning). Nicht nur im Alter besteht ein Bedarf an Wohnprojekten, die individuelle Selbstverwirklichung in unterstützenden Milieus zulassen.
9. Die sozialen Polarisierungstendenzen werden zunehmen. Die Schere zwischen Arm und Reich, Bildungsgewinnern und -verlierern wird sich weiter öffnen. Die Zugangschancen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Armut werden ohne Gegensteuerung weiter anwachsen. Vor allem Migranten, Alleinerziehende und ältere „Verlierer“ werden davon betroffen sein (Neue Altersarmut von ehemals Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern, Zunahme von Verteilungskonflikten).⁷
10. Prozesse sozialer und ethnisch-kultureller Desintegration sowie die Bildung von Parallelgesellschaften dürften ohne Integrationsmaßnahmen ansteigen. Die Städte drohen zum Mosaik verschiedener Lebenswelten in einer Multi-Minoritäten-Gesellschaft zu werden, die räumlich voneinander getrennt sind und in „urbaner Indifferenz“ gegenüber dem Anderen und dessen Kultur und Herkunft münden. Anpassung wird nicht verlangt und nicht erzwungen. Die interne Differenzierung in verschiedene Milieus und Lebensstilgruppen nimmt ebenfalls zu.⁸ Die Konflikte zwischen den Generationen dürften wachsen, wenn die von den Jüngeren als ungleich empfundene Lastenverteilung anhält und sich lokal in Segregation verstärkt.

⁵ Die Lebensläufe entstandardisieren sich. Die Lebensstreppe Jugend –Erwachsene -Alter mit einer engen Koppelung der Bildungs- an die Jugendphase, der sozialen Sicherheit an die Erwerbsarbeit und der „Ernte“ der Früchte des Generationenvertrages im Alter, wird es so nicht mehr geben. Der Lebenspfad ändert sich vom linearen zum zyklischen. Die klassischen Lebensphasen werden durch ein Kreislaufmodell ersetzt. Wer in der Jugend nur Kompetenzen erwirbt, wird es später schwer haben, sich in einer stets wandelnden Arbeitswelt zurecht zu finden. Das bloße Alter sagt immer weniger darüber aus, in welcher Phase sich der Mensch befindet. Junge Menschen können früh Geld verdienen oder gar nicht, reich werden und wieder aus der Bahn geworfen werden, Junge können nie und Alte wieder heiraten. Kinder können vor, mitten oder nach dem Beruf der Frau oder des Mannes kommen., Dettling, a. a. O. S.5

⁶ Hierunter wird die Vereinzelung von Menschen durch die Auflösung von Familienzusammenhängen (Leben in Single-Haushalten) verstanden, häufig ohne verlässliche Hilfsnetzwerke, wie sie in der Regel nur die Familien stellen können. In Folge des schon seit längerem anhaltenden Trends zur Singularisierung und Individualisierung wurden traditionelle familiäre und subsidiäre Formen der Daseinsvorsorge durch staatliche ersetzt. Deren Finanzierung ist jedoch nicht mehr gewährleistet.

⁷ Vgl. hierzu Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, W., An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2004. In dem Band wird sich eingehend mit dem Thema der sozialräumlichen Polarisierung auseinandergesetzt.

⁸ Nach Häußermann und Siebel ist die Distanz zwischen traditionellen Handwerkern oder Industriearbeitern im suburbanen Eigenheim zu den Yuppies in den Gründerzeitvierteln oder zur Alternativszene genau so groß wie zum türkischen Milieu in den Sanierungsgebieten. , vgl. hierzu Häußermann, H., Siebel, W., Die Stadt als Ort der Integration von Zuwanderern, in vorgänge, a. a. O., S. 13

2. Zusammenfassung der zentralen Handlungserfordernisse für die Stadtentwicklung

Auch wenn die prognostischen Erwartungen im Hinblick auf eine progressiv alternde und schrumpfende Gesellschaft für Heidelberg zeitlich erheblich gestreckter ausfallen als für viele andere Großstädte, so zeigen doch die nachfolgend skizzierten Folgen und Handlungsfelder einen Handlungsbedarf auf. Diese reichen von der Verstetigung (Kontinuität) bei bereits eingeleiteten Maßnahmen bis zu organisatorischen Strukturveränderungen und Neubaumaßnahmen. Das erwartete längere Zeitfenster bis zu einer demographisch und in seinen sozialen Auswirkungen spürbaren Veränderung gibt der Stadt die Chance, sich gründlich mit den Herausforderungen des soziodemographischen Wandels auseinander zu setzen und die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten.

Da Anpassungen und Veränderungen in vielen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens erforderlich werden, ist dies den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig darzulegen und im **öffentlichen Diskurs** nach zukunftsfähigen Lösungen zu suchen. Dies macht einen dauerhaften Dialog erforderlich, der über die bisherigen erfolgreichen Beteiligungs- und Mitwirkungsformen hinausgeht. Es wird deshalb eine Internetplattform vorgeschlagen, die sich mit der „Perspektive Heidelberg“ (**Dialog zur Zukunft Heidelbergs**) auseinandersetzt. In ihr sollen alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt und zu einem Zukunftsdialog aufgefordert werden.

Heidelberg muss wegen der Folgen des soziodemographischen Wandels nicht in Pessimismus verfallen, es sei denn die Universitätsstadt schafft es nicht, beim Wohnungsbau mit der veränderten und steigenden Nachfrage Schritt zu halten. Heidelberg wird durch den „Import“ junger Menschen und Familien in Zukunft die Großstadt in Baden-Württemberg mit dem jüngsten Altersdurchschnitt sein.

Die wachsende Stadt in einer – so das Ziel der jüngsten Gemeinschaftsinitiative im Rhein-Neckar-Dreieck - starken Region hat vergleichsweise gute ökonomische und gesellschaftliche Ausgangsbedingungen und Handlungsvoraussetzungen. Ihre Reputation als international geprägter Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort ist trotz spürbarer Krisen ungebrochen.⁹ Es besteht in einer von einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung geprägten Stadt vor allem die Gefahr, dass gesellschaftliche Polarisierungstendenzen und Mar-

Ranking der ersten 10 der insgesamt 439 Stadt- und Landkreise sowie aller Stadtkreise in Baden-Württemberg im Prognos Zukunftsatlas 2004

Gebiet	Zukunftsfähigkeit ¹⁾ Gesamtindex	Teilindex Dynamik	Teilindex Stärke
Stadt- und Landkreise	Rang	Rang	Rang
München, LK	1	12	1
München	2	6	2
Starnberg, LK	3	28	3
Darmstadt	4	8	8
Freising, LK	5	10	6
Heidelberg	6	7	9
Erlangen	7	29	5
Stuttgart	8	35	4
Wolfsburg	9	1	54
Regensburg	10	3	20
Ulm	17	69	14
Freiburg i.B.	21	9	35
Karlsruhe	29	132	18
Baden-Baden	51	86	41
Heilbronn	53	93	47
Mannheim	57	77	53
Pforzheim	138	236	105

1) Zukunftsfähigkeit vgl. Fußnote 10
Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2004

⁹ Vgl. hierzu den von der Prognos AG im Auftrag des Handelsblattes für die 439 Stadt- und Landkreise in der BRD erstellten Zukunftsatlas (Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2004), nach dem Heidelberg im Gesamtranking (Zukunftsfähigkeit) Platz 6 einnimmt. Der Zukunftsatlas ermittelt anhand von 29 makro- und sozio-ökonomischen Indikatoren die Zukunftsfähigkeit aller Stadt- und Landkreise. Größeneffekte wurden bei der Indexbewertung relativiert, damit bei der Bewertung alle Standorte die gleiche Ausgangschance haben. Der Gesamtindex setzt sich aus zwei Teilindizes zusammen. Der Teilindex „**Stärke**“ beschreibt den Ist-Zustand für Kaufkraft, Arbeitslosenquote, BIP pro Kopf, Investitionsquote in der Industrie sowie Kriminalitätsrate, der Teilindex „**Dynamik**“ zeigt die Veränderungen im Zeitverlauf für Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum sowie die Entwicklung der Arbeitsplatzdichte auf. Nach der (wirtschaftlichen) Stärke nimmt Heidelberg Rang 9, nach der Dynamik Platz 7 ein. Um Stärken und Schwächen differenziert bewerten zu können, wurden die einzelnen Regionen (Stadt-/Landkreise) in vier Bereichen bewertet: Demographie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb/Innovation sowie Wohlstand/Soziale Lage. Besonders positiv werden die Arbeitsmarktbedingungen in der Zukunft (Rang 4) und die Demographie (Rang 8) gesehen. Bei Wettbewerb und Innovation rangiert die Wissenschaftsstadt auf Rang 24.

ginalisierungen nur in wenigen Quartieren erkennbar und deshalb zu spät wahrgenommen oder verdrängt werden.¹⁰

Die Herausforderungen des Wandels kann die Stadt nicht allein bewältigen. Sie ist abhängig von staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Aufgabenerfüllungen. „Eine Gesellschaft, die über Jahrzehnte zu wenig Humankapital durch zu niedrige Geburtenraten und zu wenig Vermögen durch sinkende Sparquoten bildet und gleichzeitig immer mehr Belastungen in die Zukunft verschiebt, wird ihre aus der Vergangenheit ererbten Ansprüche auf Dauer nicht erfüllen können, und droht sich neue Verteilungskonflikte zwischen den Generationen und neue Belastungen der Erwerbstätigen durch den Staat aufzubürden.“¹¹

Pfeiffer u.a. nennen folgende staatliche Strukturreformen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung des Wandels dringend angegangen werden müssen:

- Abbau der Arbeitslosigkeit, vor allem bei Niedrigqualifizierten
- Ausbau der (privaten) Alterssicherung und Neuausrichtung der Finanzierung von Gesundheit und Pflege
- Forcierung der Bildung von Humankapital und internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Bildungseinrichtungen bis hin zu den Universitäten
- Verbindliche Regelung der Zuwanderung und Schaffung verstärkter Integrationsangebote (vgl. Zuwanderungsgesetz von 2004)
- Ökologischer Umbau bei Energie und Mobilität.
- Langfristig angelegter Abbau der Staatsverschuldung und Subventionen¹²

Für die Kommunen hätte ein Scheitern oder eine weitere Verzögerung von Lösungen erhebliche Folgen für den lokalen Arbeitsmarkt, die soziale Stabilität und den Infrastrukturbedarf. Unabhängig davon müssen auf kommunaler Ebene rechtzeitig **Prioritäten** gesetzt und damit auch Ausgaben für die zukünftige Entwicklung etatisiert werden.

3. Schwerpunkte und Prioritäten kommunalen Handelns

- **Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt**

Die Folgen des demographischen Wandels werden dazu führen, dass Vielfalt und Verschiedenheit in der künftigen Gesellschaft zunehmen werden. Dieser Prozess hat auch auf dem Arbeitsmarkt deutliche Auswirkungen.¹³ Der intelligente Umgang mit Differenz (Management of Diversity) wird somit zu einer Voraussetzung der Zukunftsbewältigung in den Städten. Investitionen in Humankapital dürften langfristig wichtiger werden als in Infrastruktur.¹⁴ Im Vergleich zu der hohen Abiturientenquote in Heidelberg, ist der Ausländeranteil an hohen Bildungsabschlüssen gering. Ganztagskinderbetreuung, Qualitätssicherung von Leistungen und Spracherwerb für Migrant*innen-Kinder und vor allem deren Eltern bleiben Herausforderungen einer Modernisierung des Bildungssektors.

¹⁰ Nachdenklich stimmt die Positionierung Heidelbergs (Rang 142) im Zukunftsatlas bei dem Indikator „Soziale Lage und Wohlstand“. Sie deutet auf eine unausgewogene, segregierte Zukunft hin.

¹¹ Ulrich Pfeiffer, Heik Afheldt u.a.; Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten (Kurzfassung); Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 03.12.2001; S.8

¹² ebenda, S.8f

¹³ Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ geht davon aus, dass der deutsche Arbeitsmarkt bis 2010 durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sein wird, danach sei mit einem Arbeitskräftemangel zu rechnen.

¹⁴ Unter dem Gesichtspunkt der Flexibilisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturangeboten ist bei dem Bau neuer Einrichtungen (z. B. Schulen, Kindergärten, Altenheime etc.) zu prüfen, ob sie künftig auch andere Funktionen erfüllen können.

Nach dem Ergebnis der Pisa-Studie hängt in keinem anderen Land der Schulerfolg vom sozialen Status so stark ab wie in Deutschland.¹⁵ Dem besonderen Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Humandienstleistungen, z.B. im Gesundheitsbereich, muss durch Anpassungen in der (beruflichen) Ausbildung begegnet werden.¹⁶ Die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen in der Wissensgesellschaft erfordert eine laufende Anpassung an den sozialen und technologischen Wandel.

Um die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen im weltweiten Wettbewerb zu erhalten, werden die Beschäftigten ihr technisches, berufliches und soziales Wissen verstärkt in einem Prozess des lebenslangen Lernens regelmäßig erneuern müssen. Dies wird besondere Herausforderungen und Chancen für die gerade in Heidelberg zahlreichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung einschließlich der Hochschulen bieten.

Die Einrichtung von Informationsbörsen oder die Beratung von Unternehmensgründerinnen und -gründern auch durch Seniorenberaterinnen und -berater sind Möglichkeiten den Wissenstransfer zu verbessern. Eine alternde Gesellschaft bietet darüber hinaus Entwicklungspotentiale und Märkte für eine Vielzahl angepasster und neuer Produkte und Dienstleistungen.

Die bis 2020 absehbare Bevölkerungsentwicklung ist für die wirtschaftlichen Perspektiven Heidelbergs von großer Bedeutung, finden doch Handwerk, Handel und Mittelstand hier eine auch zukünftig stabile lokale Nachfrage.

- **Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastrukturen**

Um für junge Familien und Paare attraktiv zu sein/zu werden, müssen die Angebote für diese Personengruppen qualitativ hochwertig ausgebaut werden. Die Leistungen für Familien, u. a. für die Einelternfamilien (Alleinerziehende), zur Stabilisierung bzw. Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen werden trotz der finanziellen Engpässe in hohem Maße erforderlich bleiben. Inhaltliche Schwerpunkte und Prüfsteine wurden in Heidelberg unter dem Stichwort „Kinderfreundliche Stadt“ sowie in der Planung durch die sogenannte Kinderfreundlichkeitsprüfung bereits umgesetzt.¹⁷

Neben nachfragegerechten, flexiblen und hochwertigen Dienstleistungen für Familien geht es auch um die Stärkung familiengerechten Wohnens, etwa im Rahmen eines noch zu erstellenden Heidelberger Modells eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes und um die Sicherheit im öffentlichen Raum.

Eine kontinuierliche Herausforderung bleibt auch die Befriedigung der wachsenden Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen und -plätzen für unter 3-Jährige sowie nach Ganztagsbetreuung (z.B. Horte, Ganztagschulen). Dies gilt vor allem für den im Aufbau befindlichen neuen Stadtteil Bahnstadt. In den letzten Jahren sind die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung bereits kontinuierlich ausgebaut worden. In den letzten acht Jahren verdoppelten sich nahezu die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder von 8,2% auf 15,5%, der Versorgungsgrad bei den Kindergartenplätzen stieg von 96,4% auf 100,3% und bei den Grundschulkindern können jetzt 45,5% einen Platz im Hort oder Betreuung in der Grundschule erhalten. Ende 1996 gab es le-

¹⁵ Nach der Schulstatistik des Statistischen Landesamtes hatten von den 1.470 Schulabgängern des Schuljahres 2003/2004 an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen in Heidelberg 45,6 % Hochschulreife, 0,5% einen FH-Reife, 26,9% einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 23,8% einen Hauptschulabschluss, 4,2% keinen HS-Abschluss. Der Anteil der Ausländer an den Abiturienten liegt weit unter dem Durchschnitt. Im Landesdurchschnitt sind von den rund 119.500 Abgängern die Vergleichswerte wie folgt: 21,7% HS-Reife, 0,2% FH-Reife, 37,6% RS-Abschluss, 33,3% einen HS-Abschluss, 7,3 % keinen HS-Abschluss.

¹⁶ Gesundheitsversorgung wird als Gesamtheit präventiver, heilender, pflegender und rehabilitativer Leistungen verstanden.

¹⁷ Dettling fordert u. a. einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Sie sei im europäischen Vergleich zu transferlastig und bei Betreuung und Dienstleistungen unterentwickelt. Es fehlten noch immer Strukturen, „die Vätern und Müttern helfen, Beruf und Familie leicht unter einen Hut zu bringen.“ Es als kulturell normal und ökonomisch notwendig zu akzeptieren, dass Frauen arbeiten, sei die Voraussetzung für den Paradigmenwechsel. Kein Land könne auf Dauer Wohlfahrt und Wohlstand sichern, wenn jede Generation um ein Drittel kleiner sei als die vorausgegangene., a. a.O., S. 7.

diglich für 18,3% dieser Altersklasse einen Hortplatz. Der Versorgungsgrad bei der Ganztagsbetreuung liegt derzeit (4/04) bei den Kleinkindern bei 9,14%, bei den Kindergartenkindern bei 32,76% und bei den Grundschulkindern, die einen Hort besuchen können, bei 12,27%. Dies wird allerdings nicht ausreichen. Vor allem im Kleinkindbereich sind weitere Anstrengungen nötig. Wie in Frankreich sollten Tagesmütter bei den jüngeren Kleinkindern eine wichtige Funktion einnehmen.

Die Versorgung älterer Menschen verändert sich. Neben der pflegerischen Versorgung, die aufgrund der zunehmenden Singlehaushalte vermehrt von professionellen ambulanten Pflegediensten übernommen werden muss, steigt der Bedarf an Betreuungs- und Hauswirtschaftsleistungen zur Sicherung des Verbleibs in der eigenen Wohnung. Hier besteht Bedarf, bürgerschaftliche Engagementbereiche entsprechend zu kanalisieren.¹⁸ Flexible Versorgungs-Netzwerke sind in Zukunft angemessener als starre Institutionen mit der Tendenz zur Konkurrenzausgrenzung, Zusammenarbeit der bestehenden Dienste und Einrichtungen ist wichtiger als weitere Spezialisierung.

Steigen wird auch der Bedarf von Versorgungsangeboten im Bereich der Betreuung von Demenzerkrankungen.¹⁹ Die wachsende Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund macht ethnisch orientierte Bedarfsangebote notwendig.

- **Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung**

Der Wohnungsmarkt wird immer stärker auf die wachsende Nachfrage nach attraktiven, bezahlbaren und bedarfsgerechten Angeboten für Familien reagieren müssen, um die Umlandabwanderung zu bremsen und die soziale Durchmischung zu stabilisieren. Ein Hinnehmen des Fehlens von Kindern würde in einem noch stärkeren Umfang als bisher zu „Erwachsenen-Quartieren“ ohne Kinder führen. Für Heidelberg als Universitätsstadt ist es jedoch auch wichtig, die richtige Balance in der Wohnungsbaupolitik zu halten, die auch die Ansprüche von Singles und neuen Haushaltstypen mit alternativen Lebensformen berücksichtigt.

Der demographische Wandel, der nach 2030 auch in Heidelberg zu einem progressiven Anstieg von über 80-Jährigen führen wird, muss in der Wohnungsbaupolitik frühzeitig aufgegriffen werden. Vor allem altengerecht gestaltete Wohnungen in Verbindung mit Serviceleistungen und integrierten Diensten werden künftig verstärkt nachgefragt werden. Auch Wohnformen, die generationsübergreifendes Wohnen unterstützen, sollten stärker ermöglicht werden. Aufgrund der sozialen Heterogenität und der hohen Einkommensunterschiede in Heidelberg wird der Bedarf an öffentlich gefördertem und preisdifferenziertem Wohnraum groß sein und vor allem bei den sogenannten Schwellenhaushalten ansteigen. Diese haben wegen eines häufig knapp über den Zuteilungskriterien liegenden Einkommens keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung und damit erhebliche Schwierigkeiten auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt eine angemessene Wohnung zu finden.

Siedlungsstrukturell bleiben die Nachverdichtung im Siedlungsbestand und die polyzentrische Siedlungsentwicklung Ziel der Stadt- und Regionalentwicklungspolitik. Das entscheidende Schlüsselement für die Stadtentwicklung Heidelbergs in der Zukunft ist die **Bahnstadt** mit ihren über 5.000 Einwohnern und rund 7.000 Arbeitsplätzen.

Um der durch die demographische Entwicklung tendenziell drohenden Ausdünnung der Bevölkerung, vor allem der Kinder und Jugendlichen, in einzelnen Gebieten entgegenzuwirken und das Netz an zentralen Einrichtungen zu erhalten bzw. zu stärken, ist eine abgewogene Siedlungsentwicklung in der Region Voraussetzung, die Zugangschancen für alle garantiert. Dazu ist eine verstärkte regionale Kooperation - auch im Wohnungsbau und in der Wohnungsbauförderung anzustreben.

¹⁸ Vgl. hierzu Göschel, Albrecht, Städtebau und demographischer Wandel. Status Quo und Perspektiven, in: Neues Wohnen fürs Alter. Was geht u. wie es geht, Hrsg. BauWohnberatung Karlsruhe, Schader-Stiftung Darmstadt, Frankfurt a. M., S. 28.

¹⁹ Für die Kommune gilt es, z.B. die strukturellen und räumlichen Voraussetzungen für präventive Gesundheitsprogramme zu schaffen, bezahlbare Heimplätze zu sichern, die Tagespflegeangebote auszubauen sowie Angebote für geronto-psychiatrische Kranke sicherzustellen.

In der städtischen und regionalen Flächenpolitik sollte wie bisher der Innenentwicklung konsequent der Vorrang gegenüber Neuausweisungen eingeräumt werden. Aber auch hier ist eine sensible Balance zu bewahren. Es ist genau zu beobachten, wo eine forcierte Innenentwicklung sich in ihr Gegenteil umkehrt und wegen der teuren Grundstücke zu einer Verknappung des Angebotes familiengerechter und preiswerter Wohnungen führt.

Die absehbaren sozialen Entwicklungen machen eine sozialorientierte Stadterneuerungspolitik im Sinne einer Stadtteilentwicklung bzw. „Sozialen Stadt“ vermutlich zur Daueraufgabe.²⁰ Auch hier ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll.

- **Neue Weichen in der Integrationspolitik**

Auf der Basis der jüngsten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes (10. koordinierte Bevölkerungsprognose) stellen sich vor allem für die wirtschaftlich prosperierenden Kommunen wie Heidelberg erhebliche Integrationsaufgaben bei den bereits hier lebenden und neu zuziehenden Migranten. Integrationspolitik ist bei der erwarteten Pluralisierung als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche wie auch der Gesellschaft generell anzusehen. Die Umsetzung bzw. Koordination der einzelnen Aufgaben verlangt daher nach einem kommunalen Gesamtkonzept der Integration und Toleranzbildung, das Kindergärten und Schulen mit einschließt. Dabei hat die Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationserfahrung einschließlich ihrer Eltern einen hohen Stellenwert. Es ist zu erwarten, dass in vielen Wohnquartieren sich vor allem Migrantenkinder aufhalten werden.

Erforderlich werden vor allem Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Verbesserung der Qualifizierung. Orientierungskurse zum Erwerb von kulturellen Kenntnissen und zur leichteren Bewältigung der Alltagsanforderungen sollten die Angebotspalette ergänzen. Die Ganztagsbetreuung innerhalb und außerhalb von Schulen muss ausgedehnt und vor allem in Stadtteilen mit Migrationsschwerpunkten angeboten werden.

Ein wichtiger Bereich ist die Erleichterung von ausländischen Unternehmensgründungen und der Aufbau eigenständiger Versorgungsnetze. Eine Stärkung der Stadtteile durch (interkulturelle) Stadtteilentwicklungsprojekte soll das soziale Zusammenleben in den Wohnquartieren verbessern helfen. Die Bereitstellung und Anpassung der spezifischen Einrichtungen und Dienste, etwa für ältere Ausländerinnen und Ausländer muss weiterentwickelt werden.

- **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Corporate Citizenship) und der Generationenbeziehungen**

Bürgerschaftliches Engagement ist als selbstbestimmter und zielgerichteter Einsatz für Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen anzusehen. Es reagiert auf die individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungen einer Zivilgesellschaft und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln.

Heidelberg unterstützt und fördert bürgerschaftliches Engagement seit längerem auf vielfältige Weise, etwa durch Kampagnen, Veranstaltungen und Fördermittel. Darüber hinaus hat eine verwaltungsinterne Projektgruppe in 2004 Handlungskonzepte für die Bereiche Anerkennung, Unterstützung, Vernetzung, Motivation, Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet, die dem Gemeinderat vorgestellt werden sollen.

²⁰ Nach Dettling werden die sozialen Spannungen in den Kommunen wachsen, wenn man nicht rechtzeitig gegensteuert. Diese Spannungen werden nach ihm keinesfalls ausgekühlt (cooling out), in dem man soziale Distanzen in räumliche Distanzen übersetzt und dadurch hofft, dass „die Gewinner und die Verlierer in einer Stadt getrennt voneinander und jeweils unter sich leben.“, a. a. O., S. 5

Im Bereich Mentoring besteht großes Potential zur Förderung der Generationensolidarität, d.h. dass z.B. ältere Menschen jüngeren Erwachsenen, Jugendlichen oder Kindern in einem institutionalisierten Rahmen Beratung und Unterstützung anbieten. Einen ähnlichen Denkansatz verfolgt die intergenerative Pädagogik, die Beziehungen zwischen Senioren und Kindern knüpft.

Fazit

Der sozio-demographische Wandel wird auch in Heidelberg langfristig zu tiefgreifenden Veränderungen führen, auch wenn Alterung und Schrumpfung wesentlich später als in vielen anderen Städten eintreten werden. Die Position Heidelbergs als einem der beliebtesten Wohn-, Ausbildungs- und Ausbildungsstandorte in Deutschland bleibt nach der Bevölkerungsprognose für die nahe Zukunft ungebrochen.

Die geschilderten Herausforderungen an die Stadtentwicklung im Allgemeinen und die Fachpolitiken im Einzelnen signalisieren Handlungsbedarf in unterschiedlichem Ausmaß. Dieser reicht von der Fortsetzung der bisherigen Politik bis zu erforderlichen Veränderungen auch unter restriktiven Refinanzierungsbedingungen und einer instabilen Haushaltslage. Es ist eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dem Thema einzuleiten, dies im Dialog mit der Bevölkerung. Die Prognoseunsicherheit nimmt jedoch mit dem Zeithorizont zu. Ausblicke über 20 Jahre hinaus sind mit so hohen Unwägbarkeiten verbunden, dass es angebracht ist, flexible Strategien mit mehreren Optionsmöglichkeiten zu verfolgen. Die Universitätsstadt hat aufgrund des zu erwarteten Bevölkerungszuwachses bis 2020 vermutlich ein etwas längeres Zeitfenster als andere Städte zur Verfügung, um sich auf Schrumpfungsfolgen einzustellen. Der zyklische Prozess mit einer in der ersten Phase stark anwachsenden, langfristig (nach 2020) jedoch abnehmenden Bevölkerung macht eine differenzierte Politik erforderlich, die beide Phasen im Blickwinkel behalten muss. Die in der Wachstumsphase zu bewältigenden Integrationsaufgaben und wohnungs- und arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse lassen sich nicht mit dem Hinweis auf die fernere Zukunft ausblenden oder untertunneln, sondern müssen gelöst werden, es sollten genügend Anreize geschaffen werden, hoffentlich gestützt auf Bundes- und Landespolitische Entscheidungen, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und gewünschte zu befördern.

Dies macht es erforderlich, die Komplexität der einzelnen Fragestellungen genauer zu analysieren und kommunale Entscheidungen vorzubereiten. Es wird deshalb vorgeschlagen, auf der Basis des vorgelegten Berichts unter Federführung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik ämterübergreifend und ggf. unter Hinzuziehung externer Experten, einzelne Themen zu vertiefen und Handlungsempfehlungen auszuarbeiten. Dabei soll auch die interessierte Öffentlichkeit in geeigneter Form mit einbezogen werden.

Auf die Frage, „Warum entwickeln sich manche Städte, andere nicht und warum fallen wieder andere zurück?“, gibt Warnfried Dettling, einer der profiliertesten Politikberater und gesellschaftspolitischen Autoren, eine auch für Heidelberg richtungsweisende Antwort: Es kommt auf Technologie, Talente und Toleranz an.

Menschen ziehen dorthin, wo es ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze gibt. Damit kommt der Standortprofilierung eine wichtige Bedeutung zu. Entscheidend für die positive Entwicklung seien jedoch noch zusätzliche Faktoren. „Kreatives Personal zu halten und neues anzuziehen, es zu pflegen und zu mobilisieren“, ist nicht allein eine Frage der Wirtschaftskraft. Damit sind jene Städte im Vorteil, „die offen und tolerant, vielfältig und aufregend“ sind. Es ist das kulturelle und soziale, das offene Klima einer Stadt, das kreative Leute anzieht und bei dessen Gegenteil abstößt. Ein offenes Stadtklima, so Dettling, sei die Ausgangsbedingung für „mehr Kinder und für mehr Arbeitsplätze, für eine soziale und eine wirtschaftliche Entwicklung.“²¹

²¹ W. Dettling, a. a. O., S. 7

Mit dem Bekenntnis zu einer urbanen, jedoch überschaubaren Stadt der kurzen Wege mit guter Infrastrukturversorgung und einer nachhaltigen Entwicklung hat Heidelberg in seiner Lokalen Agenda, dem Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, bereits ein zukunftsfähiges Leitbild entwickelt. Heidelberg hat alle Voraussetzungen die oben genannten „drei großen T“ zu erfüllen. Im „Zukunftsatlas 2004“ werden Heidelberg beste Zukunftschancen vorausgesagt.

Es geht jetzt darum, den Stadtentwicklungsplan mit dem Blickwinkel auf die Herausforderungen durch den demographischen Wandel mit seinen beiden polaren Entwicklungsphasen fortzuschreiben. Nachholbedarf besteht bei der Universitätsstadt nach der Studie der Prognos AG vor allem beim Thema „ Familienfreundlichkeit“. Die Stadt müsse - so einer der Autoren - um ihre „hohe Zukunftsfähigkeit“ zu sichern, „attraktiver werden als Wohnstandort für Familien und Berufstätige und eine höhere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten.“²²

Heidelberg soll den Charakter einer lebendigen und toleranten Stadt, in der viele unterschiedliche Milieus und Ethnien ohne soziale Konflikte zusammen leben, bewahren. Die Weiterentwicklung des Standortclusters einer Wissenschaftsstadt soll als Impulsgeber für den gesamten Arbeitsmarkt einschließlich der nachgeordneten Arbeitsplätze genutzt werden.

Eine niedrigere kommunale Verschuldung und ein schonender Umgang mit den Ressourcen lässt der jüngeren Generation ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten und ist damit auch ein Beitrag zur Solidarität der Generationen.

Wir haben die Möglichkeit, die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Heidelberg heute zu beeinflussen. Diese Chance muss genutzt werden.

Heidelberg, 15.10.2004



Beate Weber
Oberbürgermeisterin



Bruno Schmaus
Amt für Stadtentwicklung und Statistik

²² Interview mit Tobias Koch, Prognos AG, in: Stadtblatt, Ausgabe Nr. 36, 1. September 2004, S. 3

Synopse

Erläuterungen zur synoptischen Darstellung der Ergebnisse der Ämterumfrage zum demographischen Wandel

In der Haushaltsrede zum Haushalt 2004 hat die Oberbürgermeisterin die Wichtigkeit des Themas „Demographischer Wandel“ für die Entwicklung der Stadt Heidelberg betont. In der Dezernentenkonferenz vom 8.12.2003 wurde das Thema von ihr verwaltungsintern vorbereitet, mit Schreiben vom 27.01.2004 wurden die städtischen Ämter und Gesellschaften von ihr um eine Einschätzung der Auswirkungen des demographischen Wandels mit Focus auf das jeweilige Aufgabenfeld gebeten. Die Breite der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex reicht von wenigen Sätzen bis zu mehrseitigen Analysen.

Die nachstehende Synopse gruppiert die Beiträge der Ämter und der städtischen Gesellschaften in einer knappen Zusammenfassung in die fünf, vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik im Grundlagenpapier gebildeten Handlungsfelder:

- Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt
- Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur
- Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung
- Neue Weichen in der Integrationspolitik
- Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Generationenbeziehungen

Beiträge, die in keines dieser Handlungsfelder passen oder nur verwaltungsintern relevant sind, werden am Ende unter der Rubrik „Verwaltungsintern und Sonstiges“ zusammengefasst. Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder sind gleiche oder ähnliche Analysen, Wertungen und Zielvorstellungen nacheinander aufgeführt.

Die 1. Spalte der Synopse ordnet den Beitrag in die Zielbereiche des Stadtentwicklungsplans ein: **QU** für Querschnittsziele, **SL** für Städtebauliches Leitbild, **RK** für Regionale Kooperation und Regionalentwicklung, **AB** für Arbeiten, **WO** für Wohnen, **UM** für Umwelt, **Mo** für Mobilität, **SOZ** für Soziales und **KU** für Kultur. Die nachstehende Zahl gibt die jeweiligen Unterziele an, die in der Anlage zur Synopse näher ausgeführt sind. Weiter ist in dieser Spalte der Verfasser (Amt / Gesellschaft) des Beitrags genannt. In der 2. Spalte wird die von dem jeweiligen Verfasser vorgelegte Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels und die daraus entwickelten Ziele dargestellt. Die 3. Spalte enthält die genannten Strategien und Maßnahmen zur Zielerreichung. In der 4. Spalte werden Zusatzinformationen und Anmerkungen von Amt 12 aufgeführt. Eine Bewertung wurde dabei nicht vorgenommen.

Das Handlungsfeld „Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“ nimmt in den Stellungnahmen den breitesten Raum ein. Es folgen mit Abstand in etwa gleichgewichtig die Handlungsfelder „Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt“ und „Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur“. Bei letztgenanntem ist auch der Bereich Mobilität mit Anpassungserfordernissen an die Infrastruktur enthalten. Die Handlungsfelder „Weichenstellung in der Integrationspolitik“ und „Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Generationenbeziehungen“ nehmen quantitativ den geringsten Raum ein.

Die Zuordnung der Nennungen zu den Zielbereichen des Stadtentwicklungsplans ergab folgende Rangfolge: Soziales (35 Nennungen), Wohnen (18 Nennungen), Städtebauliches Leitbild (10 Nennungen), Kultur (10 Nennungen), Grundsätze (8 Nennungen), Arbeiten (7 Nennungen), Mobilität (6 Nennungen) und Umwelt (3 Nennungen). Keine Nennung erhielt der Bereich „Regionale Kooperation und Regionalentwicklung“.

Betrachtet man die Beiträge hinsichtlich der Adressaten der Strategien und Maßnahmen ergibt sich folgendes Bild: Ältere Menschen (43 Nennungen), Migranten und Migrantinnen (16 Nennungen), Familie (14 Nennungen), Kinder und Jugend (12 Nennungen) und Frauen (6 Nennungen). Die genannten Handlungsoptionen liegen überwiegend in den Bereichen Wohnungsmarkt und Städtebau, gefolgt vom Arbeitsmarkt.



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
QU 4/ Amt 16	Frauen gebären immer weniger (oder keine) Kinder, weniger als sie gerne würden → Verringerung der Doppelbelastung und Erleichterung der Vereinbarung Beruf und Familie	Verbesserung der informellen Infrastruktur. Familie mit den Vorstellungen von ArbeitgeberInnen besser vereinbaren. Stärkung der gleichberechtigten politischen Integration von Frauen auf der Ebene der Mitbestimmung. Stärkung der gleichberechtigten Integration von Frauen ins Erwerbsleben entspr. ihrer Qualifikation und unabhängig von der Zahl der Kinder. Heidelberg als Stadt der Fairness, für Kinder, Zugewanderte und besonders belasteten Personengruppen sowie zwischen Frauen und Männern und zwischen den Generationen stärken. Unterstützung bei der Kinderbetreuung entsprechend der beruflichen Belange. Sicherung gleicher Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten von Frauen und Männern zu den Ressourcen und Qualitäten unserer Stadt. Regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit. Institutionalisierung eines fairen Interessenausgleichs zw. Frauen und Männern. Stärkung der Frauen bei der geleisteten Fürsorge-, Pflege- und Versorgungsarbeit durch Stärkung des Engagements von Männern, ArbeitgeberInnen, übrigen Einrichtungen und der öffentlichen Hand.	Die Verantwortung für Kinder muss von der ganzen Gesellschaft getragen werden. Die Bezifferung eines realistischen Kostenrahmens aller Maßnahmen setzt genauere Parameter im Hinblick auf den Zuschnitt der jeweiligen Projekte voraus. Eine „Offensive für Kinder“ ist ohne eine ernstzunehmende Offensive für Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis“ in einer modernen Gesellschaft nicht zu haben.
AB 1/ HDD	Mehr ungelernete Arbeitskräfte durch Migration verbunden mit größerer Arbeitslosigkeit → Weniger Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung	Stärkere Förderung von ABM gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Ausschöpfung aller Ressourcen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. D.h. mehr Dienstleistungen auf kommunaler Ebene + Beitrag zur sozialen Integration (mitunter von Migranten). Weitere Übertragung einfacher Arbeiten auf die HDD.	„Azubi-Fonds“ der HDD ermöglicht derzeit 20 jungen Menschen eine Ausbildung. Er sollte ausgebaut werden. Zunehmende Kriminalität durch Null-Perspektive junger Menschen.
AB 3/ HWE	Der Wirtschaftsstandort HD wird auch in Zukunft durch die Wissenschaft geprägt sein → Ausbau des Wissenschaftsstandortes	Auf einen noch stärkeren Wettbewerb um die besten Fach- und Führungskräfte einstellen. OB als Themenpatin für den Bereich „Internationalität und Weltoffenheit“. „Wish you were here“ – eine Internetpräsentation des Standorts HD (in Zusammenarbeit mit den wichtigsten wissenschaftlichen Institutionen und großen Unternehmen der Region) für internationale Fach- und Führungskräfte.	
SOZ 6/ Amt 51	Ausbau der Betreuungsangebote der 5. und 6. Klasse notwendig → Bedarfsgerechte, flexible, hochwertige Betreuungsangebote	Vereinbarkeit von Familie + Beruf über die Grundschulzeit hinaus gewährleisten. Finanzierung der Betreuungsangebote durch ein höheres Steueraufkommen, da der Wirtschaftsstandort Heidelberg durch den Faktor Betreuungsangebote gestärkt wird. Das Vorhandensein solcher Betreuungsangebote wird bei Firmengründungen und Standortverlagerungen mitentscheidend sein, z. B. in der Bahnstadt.	Betreuungsangebote sind Attraktivitätspunkte einer Kommune für Familien und damit ein wichtiger weicher Standortfaktor.
SOZ 7/ Amt 51	Wachsende Kinderarmut → Kinderarmut entgegenwirken	Rahmenbedingungen schaffen, dass Mütter auch arbeiten gehen können. Hilfen zur Erziehung + Hilfen für seelisch behinderte junge Menschen stärken. Aufrechterhaltung unterschiedlicher präventiver Ansätze.	Das wichtigste Mittel gegen Kinderarmut ist das Erwerbseinkommen der Mutter.



1 „Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 9/ Amt 11	Qualifizierung nimmt an Bedeutung zu → Jugendliche besser ausbilden	Projekte für das Gemeinwohl im sozialen Bereich anstoßen. Finanziellen Spielraum schaffen. Investitionen in Erziehung und Ausbildung (auch als Prävention). Kosten-Nutzen Verhältnis als Kriterium bei sozialen, kulturellen od. gewerblichen Leistungen der Stadt	<i>Welche Projekte für welche Zielgruppen? Welche Rolle spielt Amt 11 dabei?</i>
SOZ 9/ Amt 19	Vermeehrt Bedarf an Ganztagesunterricht + Mittagessen → Angebote schaffen	Nutzung schulischer Einrichtungen für alle Altersgruppen. AG's am Nachmittag.	
SOZ 9/ Amt 40	Mittelfristig konstante Schülerzahlentwicklung im Grundschulbereich und bei den weiterbildenden Schulen, entgegen dem Landestrend → Angebote erhalten und ausbauen	Stadtteilbezogene Engpässe bei der Betreuung der Grundschul Kinder im Rahmen der „Verlässlichen Grundschule“ beseitigen. Regionale Ausrichtung des Berufsschulangebots. Attraktivität der weiterführenden Schulen Heidelbergs erhalten (auch für und im Vergleich zu den Umlandgemeinden). Nutzung von Raumressourcen im Grund- und Hauptschulbereich für eine Ausweitung der Betreuungsangebote für Schulkinder.	<i>Entwicklung bis 2020 bedeutet Zunahme der ausländischen Schüler. Wie ist man auf die optimale Integration vorbereitet, v.a. Sprachunterricht? Das Ganztagsangebot für ältere Schüler (ab der 5. Klasse) - nicht nur an der Hauptschule - ist quantitativ mangelhaft. Wie lässt sich die Einführung des Ganztagsangebots (Ganztagschule) beschleunigen?</i>
SOZ 9/ Amt 46	Bisher keine rückläufigen Schülerzahlen bei der Musik- und Singschule, trotz massiver Personaleinsparung → Angebote erhalten und verbessern	Durch gezielte Kooperation mit den Schulen bei der nachmittäglichen Betreuung einen verbesserten Zugang für alle Bevölkerungsschichten zur musisch-kulturellen Bildung eröffnen. Die somit gewonnenen Zuwächse könnten den Rückgang der Kinderzahl bis 2020 ausgleichen. Keine Verkleinerung des Personalbestandes (schon heute gibt es lange Wartelisten für einzelne Fächer). Zusätzliches Personal für neue Unterrichtsangebote für die allgemeinbildenden Schulen.	Rückgang der Zahl an Kindern und Jugendlichen. Immer mehr Kinder von 6-14 Jahren werden in allgemeinbildenden Schulen ganztags betreut.
SOZ 9/ Amt 51	Trotz sinkender Kinderzahlen ist Jugendhilfe notwendiger denn je, da die Lebensperspektiven von Kindern + Jugendlichen schwieriger werden → Jugendhilfe stärken	Auf hoch qualifizierte Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft vorbereiten. Präventive Angebote ausbauen, sozialpädagogische Hilfen zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigung. Bildung und Förderung, insbesondere für die, die den Ansprüchen der Dienstleistungsgesellschaft nicht genügen. Professionelle Beratung für Eltern und Erzieher verstärken. Stärkung von offener Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Beratungsstellen, Jugendberufshilfe, Komm. Kriminalprävention	Perspektivisch werden sich die Schulen zu Ganztageseinrichtungen entwickeln. Dadurch verlagert sich die Kinder- und Jugendarbeit hin zur Jugendarbeit.
SOZ 9/ HDD	Hauptschulabgänger bekommen für immer mehr Berufe keine Ausbildungsstelle mehr → Hauptschulabgänger besser qualifizieren	Qualifizierung + Vermittlung über Projektstellen, finanzielle Unterstützung durch Stadt HD, „Ausbildungsplatz für jeden“ durch Engagements von Jugendamt, Berufsschulen, JOBFIT. Starkes Anzapfen der EU Förderprogramme (Regionalprogramm EQUAL). Vermehrte Zuwendung an Hauptschulabgänger und an arbeitslose Frauen nach der unbezahlten Erziehungsarbeit. Das Programm „Frauen Plus“ als ein erster Impuls.	Hartz IV + Beitritt 10 neuer EU-Länder werden mittel- und langfristig finanzielle (nachteilig für Deutschland) Auswirkungen haben.



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 10/ Amt 16	<p>Wachsende Zahl von alten Menschen, die keine Enkel mehr haben, erhöht das Risiko von Einsamkeit</p> <p>→ Strukturen, die eine Verantwortungsübernahme füreinander außerhalb von traditionellen Familienstrukturen stärken</p>	<p>Offensive für alte Menschen unter Einbeziehung einer Politik der Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis. Regelmäßig zugängliche Öffentlichkeitsarbeit über den jeweiligen Stand der Arbeit im Internet. Abschaffung undifferenzierter Vergünstigungen für Menschen über 65, aber eingehen auf die besonderen Belange der älteren Frauengeneration, die durch unbezahlte Erziehungsarbeit in persönlich benachteiligende Lebenslagen geraten sind. Gerechtigkeitsprobleme zwischen den Generationen, die durch finanzielle Belastungen entstehen, entgegenwirken.</p>	<p>Der Anteil der über 60 jährigen (das sind vor allem Frauen) wächst und die Lebensbedingungen der Generationen driften auseinander. Das Erleben der verschiedenen Generationen findet kaum noch statt. Das reduziert die Möglichkeit für das Erlernen eines toleranten Umgangs.</p>
SOZ 10/ Amt 19	<p>Mehr Fortbildungshungriige Ältere</p> <p>→ Angebote ausbauen</p>	<p>Gute Erreichbarkeit der Angebote durch Standorte im Stadtteil</p>	
KU 3/ Amt 44	<p>Zunahme gesellschaftlicher Heterogenität und verschiedenster Zielgruppen</p> <p>→ Theaterbesuch als kulturelle Praxis verankern. Ziel: ab 16 J. regelmäßig ins Theater gehen</p>	<p>Ausbau des Kinder- und Jugendtheaters um Kinder frühzeitig als Besucher ans Haus zu binden. Profilierung als Kunst- und Begegnungsstätte. Berücksichtigung vieler Theaterinteressen, geschicktes, effizientes Marketing, das dem Einzelnen die vorhandene Aufführung „nahe bringt“. Selbstverwaltete Schülerabonnements, als Übergang zum Abendtheaterbesuch. Spielzeiteröffnungspartys + Events, die dem Kommunikationsbedürfnis der Werkraumentheater Besuchergruppe (16 – 30 Jahre) entgegenkommen. Aufbau einer „Kunden-Datenbank“ „Direct-Mailing“. Verstärkte Kommunikation nach außen übers Internet. Konstruktive Zusammenarbeit der städt. Ämter beim Kartenvorverkauf. Personal für die individuelle Kundenbetreuung durch Umstrukturierung und Umverteilung oder Aufstockung des künstlerischen und technischen Personals. Kontinuierliche (EDV-) Schulung aller Mitarbeiter. Schaffung einer Halbtagsstelle fürs Internet.</p>	<p>Mit dem momentanen technischen + künstlerischen Personal ist es nicht möglich, mehr Vorstellungen bzw. Veranstaltungen anzubieten. Jede zusätzliche Serviceleistung braucht mehr Personal. Investitionen in Hard- und Software sind notwendig. Langfristige Amortisation der Investitionen durch höhere Besucherzahlen. <i>Wie werden zuziehende Migranten beworben (inhaltlich, sprachlich)?</i></p>
KU 3/ Amt 41	<p>Die Nachfrage im Kulturbereich wird, wie die Gesellschaft insgesamt heterogener</p> <p>→ Differenzierte Angebote schaffen</p>	<p>Erwachsenenbildung forcieren. Fortsetzung der in den 70er Jahren begonnenen kulturellen Arbeit für Jugendliche. Stärkung neuer Formen der Selbstorganisation. Schaffung klarer Zuständigkeiten und eine deutlichere Bündelung der kulturellen Aktivitäten im Bereich der Universität. Stärkung ehrenamtlicher Arbeit durch soziale Kontakte und Anerkennung. Intensivierung der Verbesserungen im medialen und didaktischen Bereich (Großschrift, Hörbücher, altengerechte Didaktik). Bestehende enge kulturelle Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität im Bereich der Institute und der Studierenden ausbauen. Ansätze dazu sind da (Museumsnacht, Brentano-Preis, Romanischer Keller). Förderung der bestehenden Modellprojekte Halle 02 und Villa Nachttanz.</p>	<p>Die Bahnstadt ist ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit nachhaltiger Stadtplanung. Der Einsatz ehrenamtlicher Arbeit wird einen breiteren Raum einnehmen. <i>Begründung: Gerade auf die jungen Menschen kommen die größten Aufgaben bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben (des demografischen Wandels) zu.</i></p>



1 „Investition in Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
<p>KU 3/ Amt 47</p>	<p>Zahl der Archivbenutzer/innen wird ansteigen verbunden mit mehr Serviceanforderungen an Archivpersonal und historische Bildungsarbeit</p> <p>→ Personalbestand anpassen</p>	<p>Aktiv auf die Zielgruppen zugehen. Publikationsreihen zu Stadtgeschichte, romanhaften Werken mit lokalhistorischen Bezug oder Kinderbüchern. Bestimmte Quellenbestände, wie die Fotosammlung des Archivs, die häufig nachgefragt werden, digital im Internet bereitstellen. Verzeichnis der Schriftgutbestände, sodass sich Interessierte rasch selbst zurecht finden und sich damit der Betreuungsaufwand erheblich reduziert. Ein bis zwei zusätzliche Archivarstellen (bewertet nach A9/10) für die Bereiche Aktenübernahme und elektronische Verzeichnung sind dringend erforderlich.</p>	<p>Motivation und Engagement des Archivpersonals können die Mehrbelastungen auf Dauer nicht kompensieren.</p>
<p>KU 3/ Amt 48</p>	<p>Stärkere Kulturnachfrage</p> <p>→ Neue Ausrichtung der kulturpolitischen Angebote</p>	<p>Verringerung der Eintrittsbarrieren zu Veranstaltungen. Vermehrt kulturelle Angebote für Ältere.</p>	

2

„Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 6/ Amt 16	Größere Zahl von Einzelkindern, wachsende Kinderarmut, zunehmende Elternschaft, bei denen, die es sich nicht leisten können, wachsende Zahl an sprachlich zu integrierenden Kindern → Kinderbetreuungsangebote qualitativ ausbauen, und die Kosten für die NutzerInnen absenken	Betriebliche Kinderbetreuung. Kooperationen verstärken. Fairness – Audits und Hilfe für eine aktivierende Politik. Geschlechtsrollensensible Pädagogik. ForscherInnengeist stärken. Auf Verhaltens-, Bewegungs- und Ernährungsprobleme früh eingehen. Evaluation der Verteilung des Finanzaufwandes für Kinderbetreuung auf Frauen, Männer, Kommune, Privatwirtschaft, Kirchen u. a. Deutschkenntnisse von Migrantenkindern zeitlich flexibel verbessern. PR-Offensive über Versorgungsgrad und Qualität der Angebote für Kinder + Jugendliche. Studie über die Zeitverwendung bei Männern und Frauen. Evaluation der Angebote im Hinblick auf ihren Beitrag zur Chancengleichheit von Mädchen und Jungen sowie MigrantInnen.	<i>Klärung der Kostenübernahme für Kinderbetreuungskostenbefreiung.</i>
SOZ 6/ Amt 51	Mittelfristige Auswirkung auf die Leistungen der Jugendhilfe → Leistungen erhalten	Heidelberg attraktiv für junge Menschen und junge Familien erhalten. Angebote weiter ausbauen.	<i>Ausbau der Plätze für Krabbelkinder? Lücken bei Ganztagsbetreuungsangeboten für Schulkinder in Schulferien!</i>
SL 3/ Amt 16	Wachsende Zahl älterer und behinderter Menschen → Stadtteilnahe Versorgungsinfrastruktur	Evaluation des Angebots für den täglichen Bedarf, bei Optimierungsbedarf Überprüfung möglicher „Kümmerermöglichkeiten“. Aktivierende Öffentlichkeitsarbeit.	
SL 3/ Amt 32	Veränderte Bedürfnisse an die Versorgung durch mehr ältere Menschen → Stadtteilzentren als Versorgungsräume stärken	Erhalt der Einzelhandelsstruktur, Attraktivität des Einzelhandels unterstützen. Stärkung der Wochenmärkte– auch in ihrer Funktion als Ort der Kommunikation. Märkte noch attraktiver gestalten und den Bedürfnissen der Senioren anpassen.	
SL 3/ HWE	Bis 2020 begrenzte Alterung der Bevölkerung → Einzelhandelsversorgung gewährleisten	Der Einzelhandel muss den aktiven älteren Menschen stärker als bisher als neues Marktsegment erschließen. Mit dem Einzelhandel neue Formen des „seniorengerechten Einkaufens“ entwickeln.	HWE und Arbeitsgruppe „Zukunftssicherung des Einzelhandels in Heidelberg“ sind darüber im Gespräch.
SL 10/ Amt 32	Bevölkerung wird älter → Bewegungsräume erhalten	Barrierefreiheit fördern (z. B bei Gaststättenkonzessionen).	
SL 4, 5/ Amt 31	Mehr geistig rege, aber körperlich Eingeschränkte, die am gesellschaftlichen Leben teilhaben → Teilnahme ermöglichen	Verstärkte Zuwendung der städt. Gesundheitsförderung zu dieser Altersgruppe und ihren Bedürfnissen. Betreuung u. Pflege Hochbetagter seitens B.E. von „Jungsenior/-innen“.	Bereits jetzt werden Mentor/-innen-Kurse für Selbsthilfgruppen/Ältere angeboten
SOZ 12/ Amt 16	Mehr älterer und behinderter Menschen → Bessere Angebote	Angebote auf ihren quantitativen und qualitativen Bedarf hin prüfen. Regelmäßige Fairness – Audits , Aktivierende Öffentlichkeitsarbeit	



2 „Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 10, 13/ Amt 31	„Junge“ Alte sind fit und haben Zeit und hohe Freizeitsprüche → Angebote schaffen	Verstärktes B.E. der Älteren fördern. Angebotsanpassung der Vereine. Neugründung von Vereinen oder losen Gemeinschaften (von Senioren).	Sportvereine als tragende Säule der Integration (über kulturelle und soziale Barrieren hinweg).
WO 7/ Amt 19	Zunehmendes Interesse an Fitness mit steigendem Flächenbedarf → Bau von Fitnessrichtungen	Kombination Schwimmbad / Sauna	
SOZ 10/ Amt 52	Zunahme an Älteren, die Sport treiben wollen → Angebote verbessern	Infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen. Sporthallen ganztägig für alle zugänglich machen. Beim Neubau von Sporthallen mehr auf die Bedürfnisse von Älteren achten, z.B. kleinere Einheiten. Übernahme der BSB-Beiträge als Anreiz für Vereine. Sportgruppen für Ältere analog der Praxis bei Kindern + Jugendlichen. Beibehaltung oder Ausdehnung der für Senioren/innen wichtigen Warmbadetage. Sanierung des Thermalschwimmbads + Hasenleiser: Einbau einer Einstiegstreppe ins Schwimmbekken, Massagedüsen und Bodensprudler.	Schwimmbäder sind schon jetzt barrierefrei zu erreichen und zu nutzen. Geringere Schüler- und Klassenzahlen könnten mehr Nutzungszeiten in den Bädern für Ältere ermöglichen. Es gibt bereits DHC Kurse von der Akademie für Ältere in den Morgenstunden.
SOZ 1/ Amt 13	Verstärkung von falschen Rollenklischees über das Alter. → Abbau von Rollenklischees	Kultur des Alterns medial positiv darstellen.	
SOZ 10/ Amt 23	Steigender Bedarf an Senioren-, Pflege- und Altenheimen → Angebote anpassen	Langfristige städt. Bodenvorratspolitik. Soziale Bedeutung des Wohnens anerkennen. Die Wohnung als Sozialgut muss bezahlbar bleiben, sie darf nicht zum reinen Wirtschaftsgut erklärt werden. Beteiligung des Landkreises an Infrastrukturkosten. Längerfristige tranchenweise Übergabe der Gebäude / Wohnungen an die GGH, mit Vertragsbedingung, dass Weiterveräußerung Zustimmung der Stadt bedarf.	Der eingeleitete Trendwechsel – Verkauf städtischer Wohnungen an private Dritte zur Haushaltskonsolidierung steht sozial- und wohnungspolitisch im Widerspruch zu den STEP-Zielen.
SOZ 10, 12/ Amt 50	Zunahme der billigeren, privaten Pflege. Nachfrage auf einen stationären Pflegeplatz könnte sich auf 4,5 oder 5 % reduzieren. Anstieg der über 65Jährigen um 5.000 bedeutet einen Anstieg der Pflegebedürftigen zuhause um + 600. → Geeignete Infrastruktur für alte Menschen schaffen	Selbstbestimmung alter Menschen gewährleisten. Falls der Pflegenachwuchs ausbleibt, muss aus den EU-Ostgebieten angeworben werden. Bis 2020: Sollte auf dem Grundstück der LBZ „Betreutes Wohnen“ – was vom Fachamt favorisiert wird – statt Pflegeplätze entstehen. Bis 2015 müsste ein weiteres 100 Bettenhaus in Heidelberg gebaut werden, falls nicht vermehrt privat gepflegt wird. Der städt. Zuschuss beliefe sich – nach dem neuen Landespflegegesetz – auf etwa 1,5 Mio. Renovierung des DRK-Heims u. des Louise-Ebert-Heims bis 2009. Bis 2020: Philippus, Lindenweg, St. Hedwig, St. Michael, Wilh. Frommel. Städt. Zuschuss von 1,5 Mio. € pro Heim. Gesamtkosten: 10 Mio. €.	Mit dem neuen Pflegeheim Bethanien ist die Pflegeplanung bis 2012 abgeschlossen (Versorgungsgrad 5,5 %) und ein weiterer Neubau nicht notwendig. In den nächsten Jahren müssen fast alle bestehende Heime umfassend renoviert oder ersetzt werden (Verpflichtung nach Lpflegegesetz). <i>Qualitätskontrolle bei privater Pflege?</i>

2

„Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 10/ Amt 50	80 % der Hilfe in besonderen Lebenslagen entfällt auf Hilfe zur Pflege (2003: 195 Personen). Bereich wächst bei größerer Zahl Älterer → Wenig Kostenzuwächse	Konzepte, die Kostenzuwächse durch die Aufhebung der Wehrpflicht (vermutlich bis 2010) und den damit verbundenen Wegfall des Zivildienstes zu kompensieren. Organisation eines allgemeinen Soziodienstes, für die wegfallenden Zivildienstleistenden. 2003: 1.431 € pro Pers., im Nov. 2003 bereits 1.600 €.	Wegfall des Zivildienstes: Kosten von mind. 3.000 € p. Mon. p. Person. Bis 2015 wird sich der Aufwand verdoppeln (von 3,35 Mio. €./Jahr auf ca. 6,7 Mio. € Gesamtkosten).
SOZ 1/ Amt 50	Schuldner- Drogen- und Alkoholberatung werden mehr nachgefragt → Angebote anpassen	Ausgrenzung verhindern. Erhalt und Verstärkung der Beratungsstellen.	Der Sparzwang führt jedoch zu einer kontraproduktiven „Beratungsreduzierung“ des Angebots.
KU 4/ Amt 44	Geänderte Nachfrage an Theaterangebot, weil sich Senioren/innen für andere Inhalte interessieren → Anpassung des Angebots	Werbung um ältere Besucher. Spezielle Angebote und Extras wie Nachmittagsangebote. Erlebnisabend mit Abendessen. Engagement als ehrenamtlicher Spielplanberater. Bus- oder Gruppenfahrten zum Theater. Seniorentaxi. Sitzmöglichkeiten für Behinderte	Größte Hürde eines Theaterbesuchs für Ältere ist oftmals der Transport.
KU 3/ Amt 42	Bedeutungsgewinn der Bildungs- und Freizeitangebote des Kurpfälzischen Museums und Auswirkungen auf Infrastruktur + Didaktik der Ausstellungsräume wegen der steigenden Zahl von Senioren, die traditionell kulturhistorische Museen stark frequentieren → Angebote ausbauen	Physische Möglichkeiten und Lebensgewohnheiten der Senioren/-innen bei den Kulturangeboten für Senioren stärker berücksichtigen. Schaffung positive Synergieeffekte bei der Neuverpachtung des Restaurants, wie die Ausweitung der Museumsprodukte (Museumserlebnis + Gaumenfreude), oder Kooperation bei Veranstaltungen wie der langen Nacht der Museen (Erlebnisgastronomie). Größere Schrift (Broschüren, Saalzettel). Einsatz von Audioguides. Bildung von Arbeitskreisen z.B. für Bildbetrachtung, Aquarelle, Modeschau für Sixties. Zeitliche Anpassung der Öffnungs- und Veranstaltungszeiten (Senioren besuchen ein Museum lieber bei Helligkeit und gutem Wetter). Bessere Beleuchtung, ausreichend (mobile) Sitzgelegenheiten, breitere und übersichtlichere Ausstellungswege. Konzeption eigener räumlicher Ausstellungseinheiten mit separaten Zugängen: - Archäologie im Neubau, - Stadtgeschichte im Palais, Gemäldegalerie in der Fechthalle. Klimatisierung im Sommer. Behindertengerechter Aufzug im Innenhof, vom Untergeschoss bis zum Dach.	Ein alle Schauräume verbindender Gesamtrundgang kann nicht mehr länger oberstes Gestaltungsprinzip sein. Die genannten baulichen Maßnahmen erfordern die Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel.
MO 1/ Amt 31	Immer weniger, die das Auto nutzen wollen → Ausbau des ÖPNV, Stadt der kurzen Wege	Förderung des Fußverkehrs und des ÖPNV, fußläufige Erreichbarkeit der NV. ÖPNV-Erreichbarkeit der weitergehenden Versorgung (einschließlich Ärzte). Breite, ebene Fußwege, deren Bordstein an Überwegen abgesenkt ist. Tiefe und breite Einstiege und verlängerte Haltezeiten zum sicheren Ein- und Aussteigen beim ÖPNV, mehr Haltestellen, um Fußwege dahin zu verkürzen. Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen, Lärm und Abgasreduzierung.	<i>Senioren werden länger rüstig sein, mehrheitlich über ausreichend Mittel verfügen und mobiler sein.</i>



2 „Stärkung der Familien mit Kindern, der Humandienstleistungen und Anpassung der Infrastruktur“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
MO 3/ 01-AG	Veränderte Anforderungen an den ÖPNV → Anpassung der Infrastruktur	Ausbau des ÖPNV. Schaffung von Barrierefreiheit. Ausbau eines barrierefreien Schienenverkehrs mit möglichst vielen Direktverbindungen.	
MO 3/ Amt 30	Verstärkte ÖPNV-Nutzung durch größere Zahl älterer Menschen → Anpassung der Infrastruktur	Ausbau eines barrierefreien ÖPNV. Ausbau des Straßenbahnnetzes.	Mindereinnahmen bei Bußgeldzahlungen, weil die Älteren vermehrt mit dem ÖPNV fahren .
MO 4/ Amt 61	Veränderte Mobilitätsbedürfnisse → Ausbau des ÖPNV	Stärkung und Ausbau des ÖPNV, ÖPNV und Haltestellen auch für Ältere komfortabel machen, S-Bahn und regionale Verbindungen weiter ausbauen.	
MO 4/ HSB	ÖPNV muss sich auf größere Zahl älterer Fahrgäste einstellen → Ausbau eines barrierefreien ÖPNV	Anpassung des ÖPNV-Angebots an den Ausbau neuer Siedlungsgebiete (Bahnstadt). Zielgruppenspezifische Konzepte (Studierende, Eltern in Erziehungszeit, Senioren), um die ÖPNV-Nutzung schmackhaft zu machen. Haltepunkte näher an der Wohnung (Ausbau der Haltepunkte), lange Wartezeiten vermeiden (Taktverdichtung), Umsteigen vermeiden (Ausbau der Direktverbindungen). Alle Einstiege sind niedrigschwellig (keine Treppen mehr), ausreichend Zeit zum Ein- und Aussteigen, gerade wenn der Bus voll ist (z.B. Videokamera an den Ausstiegen, Display beim Busfahrer), exakte Haltelinien, die den tatsächlichen Haltepunkt der Fahrzeuge markieren, sanfte Fahrweise in den Kurven.	Aufkündigung + Verteuerung des Semestertickets vergraulen hingegen Studierende, anstatt sie zu gewinnen. <i>Was ist mit dem Straßenbahnausbau Nachholbedarf (lt. VEP): Kirchheim, Neuenheimer Feld, Altstadt? Hier besteht seit Jahren (zehnten) Handlungsbedarf. Enorme Investitionssummen, zugleich weniger Förderung.</i>

3

„Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SL 1/ Amt 61	<p>Stadterneuerung als Standortfaktor unter den Kommunen wird wichtiger</p> <p>→ Stadterneuerung vorantreiben</p>	<p>Stadtidentifikation, kulturelle Identität und Heimatempfinden durch notwendige Sanierung stärken. Gewachsener Gebäudebestand ist wichtig für das historische Stadtzentrum. Verbrauch und Übernutzung abwehren (auch Überformungen durch Großprojekte), Nachhaltigkeit erreichen statt Optimierung in einzelnen Feldern, z.B. Energie. Verpflichtung des Landes zur Städtebau-förderung (Standortvorteil für Heidelberg aufgrund der historischen Stadtstruktur gegenüber anderen Städten). Flexibilität + Umnutzbarkeit einplanen, Zukunftsgestaltung der Wohngebiete der 60er und 70er Jahre. Mittel- bis langfristig Trennung von bestimmten Bau- und Wohnformen prüfen. Anpassung der Rechtsvorschriften. Möglichkeiten des Baugesetzbuches zum Stadttumbau ausnutzen.</p>	<p>Gebäude der Nachkriegszeit und der 20er + 30er Jahre kommen nun nahezu gleichzeitig in die Sanierungsphase. Viele dieser Gebäude sind im Besitz der Stadt, städt. Gesellschaften oder gemeinnütziger Genossenschaften. Oft hohe Sanierungskosten aufgrund problematischer Baustoffe (Asbest, PCB, PVC etc.).</p>
SL 3/ Amt 50	<p>Bedeutung der Stadtteilzentren steigt</p> <p>→ Stadtteilzentren als Versorgungsräume stärken</p>	<p>Nahversorgungsmöglichkeiten erhalten. Neue Ideen zur Sicherstellung des Angebots entwickeln. Genehmigung für z.B. Aldi auf der grünen Wiese nur, wenn dafür (von Aldi) ein (bestehender) kleiner Laden im Stadtviertel unterstützt wird.</p>	
SOZ 3/ Amt 61	<p>Bedeutung von Stadtteilentwicklungsprozessen wird zunehmen.</p> <p>→ Stadtentwicklungsprozesse innovativ angehen</p>	<p>Bindung an den Stadtteil verstärken, Stadtteilmanagement als langfristiges, nachhaltiges Engagement in den Stadtteilen. Bündelung der Förderprogramme um ehrenamtliches Engagement stärker zu fördern, sozialräumlich wirksame Bündelung der Fachkompetenz der Verwaltung (Gebietsteams).</p>	
AB 7/ Amt 61	<p>Stadtteil Bahnstadt bietet Chance, Veränderungen praktisch umzusetzen</p> <p>→ Stärkere Priorisierung der Bahnstadt</p>	<p>Stärkere Priorisierung der Bahnstadt in allen Geschäftsbereichen der Stadt und ihren Einrichtungen. Angebote für neue Arbeitswelten, um den lokalen Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Ein oder zwei Einrichtungen unterbringen, die dem Ort Profil und Identität geben.</p>	
WO 10/ Amt 61	<p>Konkurrenz um junge, hochqualifizierte Haushalte zw. Stadt und Umland</p> <p>→ Innen (Stadt) vor außen (Land) Entwicklung, insb. bei Neuausweisung von Wohnbauland</p>	<p>Steuerung der Stadt Heidelberg als attraktiven Wohnstandort über die Grund- und Grunderwerbssteuer. Regionales Baulandmanagement und entsprechende Gesetzgebung (der Verzicht auf Neuausweisungen sollte durch finanzielle Ausgleiche geregelt werden). Handel mit Flächenzertifikaten wie vom Nachhaltigkeitsrat angeregt.</p>	<p>Hohe Kosten für innerstädtische Flächenkonversionen zu Bauland (Beseitigung von Altlasten).</p>
UM 9/ Amt 31	<p>Zersiedelung durch Bevölkerungszuwachs und steigende Zunahme des Wohnflächenbedarfs je Einwohner</p> <p>→ Zersiedelung und hohem Flächenbedarf entgegen wirken</p>	<p>Freizeitaktivitäten auf siedlungsnahen Freiflächen eindämmen. Flächeninanspruchnahme durch neue Siedlungsflächen und Flächen für Freizeit und Naherholung (Sportplätze, Vereinsgelände etc.) begrenzen. Bedarf an verkehrsgünstig gelegenen Gartenflächen mit pflegeleichtem Freizeitcharakter steuern.</p>	<p>Negativtendenzen (für die Ökologie + den Natur- und Landschaftsschutz) werden sich fortsetzen u./o. verstärken.</p>



3 „Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“

3 „Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Region“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
WO 2/ Amt 19	Steigende Einwohnerzahlen durch Migration junger Familien und wachsende Lebenserwartung verbunden mit wachsendem Bedarf an bezahlbaren Wohnungen → Neue Wohnungstypen	Barrierefreie und geschossweise über einen Aufzug neben dem Treppenhauskern erreichbare Wohnungen. Flexible individuell und bedarfsorientiert vielfältig gestaltbare Wohnungen durch bewegliche Schrankwände und Leichtbauteile als Raumteiler.	<i>Entspricht der Vorschlag,, bevorzugt „Einraumwohnungen“ mit beweglichen Leichtbauteilen zu konzipieren, wirklich der Realität (Ideal-Wohnvorstellung der Älteren)?</i>
SOZ 6/ Amt 61	Bedarf an neuen Wohnformen → Neue Wohnformen	Experimentieren mit neuen Wohnmodellen, städtebaulichen Verdichtungsmöglichkeiten sowie Finanzierungsmöglichkeiten. Familienleitbild entwickeln. Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfungen.	
SL 12/ Amt 61	Strukturwandel der Familie verändert Wachstum, Nachfrage und Wohnstruktur. Neue Anforderungen aus der Arbeitswelt an das Wohnen und an Betriebsbauten → Wohnungsvielfalt	Stadtplanung muss sich zeitgleich mit den Fragen des Neubaus, der Sanierung und des Rückbaus beschäftigen. Stadt der kurzen Wege (räumliche Nähe Wohnen und Arbeiten). Bereitstellung attraktiver Baulandgebiete. Kurzfristige Schaffung von Baurecht. Größere bauliche Flexibilität für Betriebe.	Ein längeres Arbeitsleben wird den Arbeitsrhythmus verändern.
WO 7/ 01-AG	Veränderte Anforderungen an das Wohnen → Variable Angebote	Variabilität der sozialen Infrastruktur. Generationsübergreifende Wohnformen fördern, z.B. heute Kindertagesstätte, morgen Seniorenzentrum.	
WO 7/ Amt 61	Veränderte Anforderungen an die Infrastruktur → Anpassung der Infrastruktur an demographische Veränderungen	Flexibles Bauen, d.h. langfristige Umbaumöglichkeiten von vorneherein einplanen.	
SOZ 12/ Amt 50	Deutliche Zunahme der Schwerstbehinderten über 60 Jahre von heute 9.500 auf ca. 12.000 → Selbstbestimmung behinderter Menschen gewährleisten	Förderung der Selbsthilfegruppen, zur Unterstützung der Kommune. Höchste Priorität für ein barrierefreies Wohnumfeld bei allen Planungen. GGH Modernisierungen. Wohnungen leicht umrüstbar bauen. Barrierefreier Zugang zu allen Häusern und Wohnungen als Norm. Barrierefreies Wohnumfeld vorrangig dort, wo es leicht möglich ist, d.h. westlich der B 3.	Behindertengerechte Wohnungen ziehen Schwer- und Schwerstpflegebedürftige aus dem Umland nach Heidelberg. (Kosten nach BSHG 5000 – 10.000 € pro Monat pro Person.
WO 2/ Amt 61	Bevölkerungswachstum bis 2020 erhöht den Wohnraumbedarf → Preiswerter Wohnraum	Die Stadt sollte aus sozialpolitischen Gründen „Wohnungen als Sozialgut“ erhalten und ggfs. mietpreisdämpfend agieren. Günstige Baulandpreise. Kontrollierte Ausweisung von Wohnbauflächen, entsprechend der Nachfrage sowie den Entwicklungszielen des STEPs. Preiswerte Einfamilien- bzw. Reihenhäuser - verstärkte Nachfrage, insb. junger Familien - müssen von der Stadt angeboten werden.	Flächenbedarf für Geschosswohnungsbau ist bis 2020 durch Stadtumbaupotenziale (Bahnhofsstadt, Furukawa, Schollengewann) abgedeckt.

3

„Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
WO 2/ SL 10/ Amt 23	Zunehmende Singularisierung von Haushalten mit steigenden Qualitätsansprüchen → Nachfragegerechte Wohnungen	Sanierung im Bestand zur Vermeidung von Leerständen, Einnahmeverlusten und Verslumungstendenzen verbunden mit einer Stadtfucht. Geschosswohnungsbau, barrierefreies Wohnen, flexible Wohnungsgestaltung. Sanierung des Altklinikums gemeinsam mit dem Land initiieren.	Sanierung und Umbau des Altklinikums dauert länger als bis 2020 hochpreisiges Angebot (analog Radium-Solbad).
WO 2/ Amt 63	Erhöhte Wohnungsnachfrage aufgrund der steigenden Wohnraumanprüche (qm/Person) der großen Anzahl der Single- und Paarhaushalte ohne Kinder (die in HD weiter zulegen wird) → Bedarfsgerechte Versorgung bestimmter Haushalte	Zielgruppenorientierte Wohnbauförderung. Förderung von Mietwohnungen. Wohnraumförderung über die Wertschöpfung dieser Gebiete. Wohnungsmarktbeobachtungssystem unter Beteiligung des regionalen Wohnungsmarktes. Ein dem Bedarf entsprechender Anteil an spezifischem Wohnraum durch Schaffung von Baurecht dem allgemeinen Wohnungsmarkt entziehen (Instrument des „Baulandmanagements“, ein Beschlussvorschlag hierzu wird z.Zt. von einer verwaltungsinternen Projektgruppe erarbeitet). Erstellung einer Gebietskulisse für stufenweise seniorengerechte Wohnungen. Kataster für bereits bestehende Wohnungen (wird derzeit von Amt 50, Amt 63 + der GGH erstellt und soll auf andere Wohnungsbaugesellschaften ausgedehnt werden).	Förderung im STEP „Innen- vor Außenentwicklung“ und Konkretisierung im MRO spielen zunehmend für innerstädt. Entwicklungsflächen eine Rolle. Die Novellierung der LBO sieht eine Festschreibung eines barrierefreien Standards vor, was bei Neubauten den Bestand an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen erhöhen würde.
WO 2/ GGH	Weiterer Anstieg der kleinen Haushalte, Rückgang der großen. Wohnungsmarktrelevante Gruppe der 20-40 Jährigen nimmt ab, 20-30 Jährige gründen eigene Haushalte, 30-40 Jährige treiben den Suburbanisationsprozess weiter voran. Beharrungstendenzen der Älteren in ihren (oft zu großen) Wohnungen. Anstieg des Pro-Kopf Raumbedarfs von 41 auf 46 m ² (2020). Druck auf Mietwohnungsmarkt durch hohe Fluktuation aufgrund wanderungsbedingtem Wachstums Nachfragerückgang an Wohneigentum. → Marktgerechtes Angebot	Formulierung von Sanierungszielen. „Portfoliomanagement“ als wichtiges Instrument zur Optimierung und strategischen Investitionslenkung des Bestandes. Konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadt, z.B. bei sozialen oder umweltpolitischen Maßnahmen. Personal höher qualifizieren. Bau nutzungsflexibler, nutzungsdiversifizierter, zielgruppenspezifischer und marktgerechter Wohnanlagen. Bestandswohnungen den Nachfrageänderungen (z.B. mehr Wohnraumfläche pro Person) und spezifischen Haushalts- und Lebensstiltypen anpassen (behinderten- und seniorengerecht, aber auch Wünsche von Single- u. Migrantenhaushalten sehen). Zusätzliches Personal bereitstellen für Bauträgergeschäft bei Großprojekten z.B. Bahnstadt (2 Mitarbeiter) und für Ausweitung der Betreuungsleistungen (z.B. verstärkter Service für Ältere oder im Sozialmanagement) und Managementprojekten (z.B. Portfolio- und Qualitätsmanagement). Zeitgemäßer Wohnraum (Größe, Zimmerzahl, Zuschnitt) mit hoher Wohnqualität. Qualitative Aufwertung des Wohnumfeldes, Innerstädtisches Wohnen für Familien. Standortgerechte Aufwertungen /Revitalisierungen. Senken der Wohnnebenkosten. Senken des Energieverbrauchs und der Emissionen. Stadt HD muss der GGH ihren finanziellen Spielraum belassen, damit sie nicht als Preistreiber auf dem schon belasteten HD Wohnungsmarkt auftritt.	Der lange Instandhaltungsstau verursacht in den nächsten Jahren erhebliche Investitionskosten im Bestand: 2004 13,5 Mio. €, bis 2008 80 Mio. €, bis 2015 220 Mio. €, d. h. 14,5 Mio. € pro Jahr. Die Kosten dürften inzwischen jedoch doppelt so hoch sein. Bei der Berechnung im Jahr 2000 ging man von 400 € je qm Wohnfläche aus, realistisch sind jedoch 700 € je qm, zusätzlich der Kosten für die Behindertengerechtigkeit. Die Investitionen können nur getätigt werden, wenn sich jährlich der geplante Geschäftserfolg einstellt. Hinzu müssen (auch weiterhin) Subventionen kommen, wie z.B. über Förderprogramme der KfW.



3 „Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“

3 „Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Region“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
WO 6/ Amt 62	Stetiger Wunsch jüngerer Familien nach Einfamilienhaus, verstärkte Innenentwicklung → Preiswertes Bauland	Städtebaulicher Vertrag als Bodenordnungsinstrument. Maßvolle Ausweisung von Außenbereichsflächen (z.B. Gewinn Diebsweg), i.d.R. Baulandumlegung. Umlegung bei zersplitterten Grundbesitzverhältnissen. Permanente Fortführung des Liegenschaftskatasters.	Weitere Zunahme der Bedeutung der Geobasisdaten unabhängig vom demographischen Wandel.
WO 6/ Amt 62	Zunehmende Sanierung und Umnutzung von Bestandseinheiten im Innenbereich zur Versorgung Älterer → Nachfrage Älterer berücksichtigen	Berücksichtigung einer erhöhten Nachfrage nach fundierten und qualifizierten Gutachten und Bodenrichtwerten, insb. bei Erbauseinandersetzungen und Finanzierungsangelegenheiten.	Viele älterer Häuser und Wohnungen werden durch Jüngere (Schenkung, Erbschaft, Kauf) übernommen.
WO 2/ Amt 50	Die Zahl der „Wohnungsnotfälle“ wird weiter steigen → Preiswerter Wohnraum	Preiswerten Wohnraum anbieten, z.B. jedes Jahr 10 % des jeweils entstehenden Wohnraums für Einkommensschwächere. Mörgelgewinn beibehalten. Am Rande der Bahnstadt wird ein erster Bedarf (60 Wohnungen) durch einen Neubau gedeckt. Weitere Wohnangebote müssen in die Bahnstadt folgen (100 – 150 WE). Obdachlosigkeit, insbesondere von Familien, entgegenwirken.	<i>Auch in anderen Stadtteilen sollten Möglichkeiten zur Unterbringung von Notfallhaushalten vorgesehen werden, gegen weitere Segregation.</i>
WO 6/ Amt 61	Verstärkte Segregation und Polarisierung in arme und reiche Viertel durch Migrationszuwächse bis 2020, und Heterogenisierung und Vereinzelung durch Bevölkerungsrückgang nach 2030 → Leitbild Demographische Stabilität	Schaffung differenzierter Angebote für Wohnen, Arbeiten, Dienstleistung und Freizeit. Befriedigung aktueller Wohnbedürfnisse junger Familien, wegen der anhaltenden Abwanderung aus der Stadt. Planungs- und Bauvorschriften an die Entwicklungstrends anpassen.	Neue Stadtbewohner sind wichtig, um langfristig den natürlichen Bevölkerungsrückgang zu kompensieren und die Lebensfähigkeit des Organismus Stadt zu garantieren
WO 7/ Amt 16	Soziale Qualitäten im Wohnungsbau werden wichtiger → Umsetzung der Orientierungshilfe Chancengleichheit bei Planungen und Baumaßnahmen	Aufbau eines Berichtswesens als Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit. Überprüfung der Anzahl und Qualität der Projekte, die soziale Beziehungsfähigkeit in jedem Stadtteil stärken. Überprüfung unserer „Kümmererstrukturen“ zur Sicherung der sozialen Qualitäten.	
WO 2/ Amt 61	Bedeutung von Wohneigentum wächst, überproportional viele Familien mit Kindern ziehen ins Umland um dort Wohneigentum zu erwerben → Preiswerte Angebote (Stufenmodelle zw. Miete und Erwerb), um jüngere Leute durch Eigentumbildung an Stadt zu binden	Wohnwünsche junger Familien berücksichtigen. Innerstädtische Wohnanlagen mit geschützten Freiflächen. Kleinteilige differenzierte Bauweise mit Stellplätzen sowie Gärten, Terrassen und Balkonen. Durch innerstädtischen Wohnungsneubau in relativ kurzer Zeit und nennenswertem Umfang Angebote schaffen. Sanierung und Umbau (mit einer Bindung an die gewohnte Umgebung). Hohen Grundstücks- und Wohnpreisen entgegenwirken und Bauland bereitstellen.	Wohneigentum steigt mit zunehmendem Alter an (Spitze: 50-60jährige). Innerstädtischer, verdichteter Wohnungsbau ist auch für Familien mit Kindern unter bestimmten Bedingungen akzeptabel (Chance für neue städtische Wohnanlagen).

3

„Wohnungspolitik, Stadtstruktur, Regional- und Flächenentwicklung“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SL 6/ Amt 67	Verändertes Freizeitverhalten lässt das Interesse an Kleingärten zurückgehen → Bedarfsgerechte Angebote	Beobachtung der Entwicklung und Anpassung der Anlagen an den Trend. (Auffällig ist, dass immer mehr Migranten in die Kleingartenvereine drängen). Der Ausbau folgender Anlagen steht noch an: Stettiner Straße, Hagelach über der Bahn und Sandhäuser Weg.	1996 beschloss der GR den Ausbau von 1.590 Parzellen (Kleingartenentwicklungskonzept). Künftiger Bedarf ist ungewiss.
SL 9/ Amt 61	Sicherheitsaspekte im öffentlichen Raum und Fragen der Übersichtlichkeit gewinnen an Bedeutung → Öffentlichen Raum gestalten	Regelkatalog für die Gestaltung öffentlicher Räume bereits heute aufstellen, auch künstlerische Gestaltung beachten. Mehr Grünflächen (Alleen, begrünte Spazierflächen) in der Planung berücksichtigen, weil wohnungsnah Grünflächen für Ältere und für Familien wichtig sind.	Gestaltung des öffentlichen Raumes muss hohe Priorität bei den städtischen Investitionen haben.
SL 10/ Amt 67	Bedarf an Erholungsflächen steigt → Angebote verbessern	Erreichbare u. barrierefreie Grünanlagen mit auf Senioren/innen ausgerichtete Begegnungs- und Bewegungsflächen. „Spiel“-Geräte für Senioren.	<i>Spielflächen für Kinder</i>
WO 6/ 01-AG	Veränderte Anforderungen an Wohnen und Umfeld → Positives Wohnumfeld	Schaffung von familienfreundlichem Wohnraum mit Grün- und Begegnungsflächen für Jung und Alt, Verkehrsberuhigung.	Streichung einer ABM-Stelle und Wegfall der Bundesförderung für eine halbe Stelle.
SOZ 5, 6/ Amt 67	Bevölkerungswachstum durch Migration bringt grundsätzlich einen Anstieg der Zahl der Kinder und Jugendlichen mit sich → Anpassung der Infrastruktur	Sicherung und Entwicklung der vorhandenen Frei- u. Bewegungsräume in der Stadt. Vernetzung der einzelnen Stadtteile durch Grünzüge. Wohnungsnah attraktive Spielplatz- und Freiraumangebote für junge Menschen u. junge Familien. Parkanlagen, Grillbereiche, Spielplätzen, ausreichend Sportanlagen bzw. vereinsegebundene Sportangebote zur Verständigung und Integration. Bei Quartieren mit vermehrtem Zuzug von Migranten (z.B. Emmertsgrund) sollten hochwertige Freiräume entwickelt und vorhandene aufgewertet werden. Friedhofsflächen sollten z.T. aufgehoben werden (z.B. Waldabteilung im Bergfriedhof und Neuenheim). Diese Flächen wären dann öffentliche Grünflächen. Entwicklung eines „Stadtpark im Südwesten“ für „familienfreundliches Wohnen“ und „grünes Wohnumfeld“ im Rahmen der Bahnstadt.	Nicht jeder Freiraum soll einer bestimmten Nutzung zugeführt werden, sondern es sollten genügend Spielräume für alle Nutzer geboten werden (Leitbild Volkspark). <i>Gibt es einen steigenden Bedarf an Friedhofsflächen?</i>



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
QU 6/ Amt 16	Anteil zuwandernder Menschen aus anderen Kulturen wächst → Strukturen für bessere Integration schaffen	MigrantInnen in unsere Gesellschaft zu integrieren.	Integration ist eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens.
QU 6/ Amt 32	Zunahme der Arbeitsbelastung der Ausländerabteilung durch größere Zahl von Migranten → Steigerung der Effizienz	Vereinfachung des Ausländerrechts und kundenorientierte Anwendung. Ausbau des Angebots an Integrationskursen und –angeboten. Intensivierung der Integration ausländischer Frauen. Integrations- und sonstige Projekte über Amt 32 laufen lassen, weil die Ausländerbehörde Schnittstelle zu den Migranten ist.	Die Migranten tragen wesentlich zu einem zukünftigen Funktionieren unserer Gesellschaft bei.
QU 6/ Amt 34	Verschiebungen innerhalb der einzelnen Aufgabengebiete → Auf erhöhten Ausländeranteil einstellen	Auf erhöhten Ausländeranteil einstellen. (Schon heute werden Eheschließungen, Geburts- und Sterbeurkunden für Menschen aus fast allen Ländern durchgeführt).	<i>Sprachkompetenz des Personals (Heidelbergs größte Ausländergruppen, Italienisch, türkisch, russisch, etc.?).</i>
QU 6/ Amt 50	Integrationsbedarf wird zunehmen → Integrationsbemühungen fortsetzen und konstruktiv gestalten	Förderung von Nachbarschaftshilfen und Integrationshilfen für Migranten durch bürgerschaftliches Engagement. Verstärkte Quartiersarbeit. Ca. 4 bis 5 neue Stellen für die Eingliederungshilfe schaffen.	Entwicklung bei Flüchtlingen ist nicht abschätzbar. Ab Jan. 2005: Übernahme der Eingliederungshilfe (520 Fälle.)
QU 6/ Amt 50	Zunahme der pflegebedürftigen Migranten → Steigerung der Effizienz	Organisatorische Zusammenfassung aller Ausländeraktivitäten (bisher 01, 32, 50, 51). Förderung von Spezialisierungen (z.B. Gebetsräume, Essensgestaltung, Einsatz von ausländischen Pflegepersonal), um auch Muslime zu pflegen.	Bei 10 % Ausländern im Pflegeheim wären 50 – 60 Muslime 2020 zu versorgen, wenn Familienstrukturen sich an hiesige Verhältnisse anpassen.
SOZ 10/ Amt 32	Aufgaben der Heimaufsicht wachsen durch größere Zahl Älterer und ältere Migranten → Integration sowie besondere (kulturelle) Angebote	Unterstützung innovativer Projekte. Beratung und Rechtssicherung der Heime und deren Bewohner. Beratung bei der Errichtung weiterer Einrichtungen.	Berücksichtigung der Demenz mit Unterstützung von Amt 50.
AB 10, 11, 12/ Amt 16	Fachkräftemangel → Bessere Integration von Frauen, Migrantinnen und älteren Menschen in den Arbeitsmarkt	Unterstützung von Projekten zur frühzeitigen beruflichen Orientierung von Mädchen und Jungen. Beratungsoffensive für Heidelberger Unternehmen zur beruflichen Integration von Frauen. Runde Tische zur Verstärkung der Angebote f. Wiedereinsteiger/innen. Fortsetzung der Arbeit für Gründerinnenberatung. Kampagne zur Ausbildungsplatzförderung für junge Frauen und junge Männer. Regelmäßige Fairness – Audits. Evaluation der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie MigrantInnen im Bereich Schulbildung, beruflicher / betrieblicher Ausbildung, universitärer Ausbildung, betrieblicher Übernahme bzw. der beruflichen Integration in Heidelberg. Runder Tisch zur Optimierung der beruflichen Integration von MigrantInnen und von Menschen über 50.	



4 „Neue Weichen in der Integrationspolitik“

4 „Neue Weichen in der Integrationspolitik“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 3/ Amt 32	Zunahme der Heterogenität, der Segregation und räumlichen Ballung, Polarisierung in arme und reiche Wohnquartiere → Kommunale Kriminalprävention stärken	Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen verstärkt Rechnung tragen. Verstärkte Ausrichtung der Kriminalprävention auf ausländische Jugendliche. Verstärkt alleinlebende Menschen als Adressat kriminalpräventiver Maßnahmen.	Schwund an Mehrpersonenhaushalten zugunsten von Singlehaushalten.

5 „Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Generationsbeziehungen“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
QU 6/ Amt 32	Erhöhtes Konfliktpotenzial zwischen Gastronomie und Anwohnern → Konflikte eindämmen	Ausgleichsfunktion bei Lärmbeschwerden durch Kirchweihen bzw. Straßenkerwen mit Anwohnern wahrnehmen.	
AB 14/ HWE	Höhere Aktivität und Konsum im Alter verbunden mit dem Wunsch nach Berufstätigkeit oder Job im Alter → Neue Jobstrukturen schaffen	Neue Jobstrukturen für Ältere im Bereich persönlicher Dienstleistungen (für Alte, noch Ältere, aber auch für junge Familien).	
SOZ 1/ Amt 50	Rentenkürzungen, Leistungskürzungen der KV, mehr Zuzahlungen der Rentner zur Gesundheit erhöhen Altersarmut. Mehr Jüngere mit Grundsicherungsleistungen → Armut entgegenwirken	Höheren Personalbedarf (1 SB / 100 Fälle) berücksichtigen. Bis 2010: ein Sachbearbeiter mehr.	Bis 2020 135 Senioren mehr, die Grundsicherungsleistungen erhalten (heute: 562).
SOZ 1/ Amt 50	Anstieg der Hauptberatungsgruppen um 5.000 in der IAV-Stelle → Personal anpassen	Personelle Verstärkung der IAV-Stelle. Einbindung der Freien Träger in ein kommunales Beratungskonzept. Bis 2007 + 0,5 Stelle, bis 2015 + 0,5 Stelle.	Derzeit 8.000 Beratungen pro Jahr bei 1,5 Stellen.
SOZ 3/ Ref. 01	Weniger Engagierte, weil die Engagementbereitschaft ab 60 Jahren stark abnimmt. Dadurch Nachwuchsprobleme bei Vereinen (insbesondere bei „Nichtsportvereinen“) → Steigerung des Engagements bei SeniorInnen und Migranten	Generationsübergreifenden Engagements durch zielgruppenspezifische Werbemaßnahmen. Neue Mitglieder werben durch Überwindung gewohnter Strukturen und Abbau von Sprachbarrieren. Städtische Anlaufstelle für BE. Personalaufstockung (bei der Stadt) zur Akquisition von mehr BE. Anerkennung von BE durch Veröffentlichung in den (Print-) Medien.	BE entlastet die Kommunen finanziell und wird deshalb an Bedeutung weiter gewinnen.
SOZ 3/ Amt 11	Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung → BE und Eigeninitiative stärken	Bürgerschaftliches Engagement (BE) in der Altenpflege und bei den Migrationsaufgaben stärken.	Ohne BE ist das Sozialsystem künftig nicht mehr bezahlbar.
SOZ 3/ Amt 42	Die Bedeutung der Ehrenamtlichen für die Museumsarbeit wird in den nächsten Jahren steigen → Bürgerschaftlich Engagierte besser einbinden	Konzepte zur Integration der steigenden Zahl ehrenamtlich tätig werdender Senioren/Innen. Einbindung der schon heute ehrenamtlich tätigen Senioren in die Kommunikation und den Betrieb des Hauses.	



5 „Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Generationsbeziehungen“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
SOZ 3/ Amt 50	Integrationsbedarf wird zunehmen → Migranten integrieren	Förderung von Nachbarschaftshilfen und Integrationshilfen für Migranten durch BE. Verstärkte Quartiersarbeit.	
KU 1/ Amt 13	Das Stadtblatt nimmt an Bedeutung zu, weil es insbesondere von Bürger/innen jenseits der 50 gelesen wird → Stadtblatt weiterentwickeln	Demographischen Wandel mit den Akteuren gemeinsam angehen. Feste Seite im Stadtblatt, die ehrenamtlich von Älteren bestückt und betreut wird (z.B. von ehemaligen, in den Ruhestand getretenen Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung), Stadtblattschriftgrad vergrößern. Extraseite von MigrantInnen für MigrantInnen	<i>Schriftgrad Stadtblatt sofort vergrößern. Extraseite von Migrant/innen für Migrant/Innen.</i>
KU 1/ Amt 13	Internet-Nutzer bei den 50-59-Jährigen steigt Nutzer werden internationaler. → Zeitgemäße, bürgernahe Präsentation der Stadt im Internet	Einrichtung eines zentralen Internetbüros, Internet-Präsentation der Stadt in mehreren Sprachen (z.B. italienisch, türkisch, französisch, spanisch).	Das Internet ist generationsübergreifend zum 4. Medium avanciert.
KU 2/ Amt 41	Erhöhte Nachfrage Älterer im Kulturbereich und der Freizeitgestaltung → Gewährleistung der Teilhabe pflegebedürftiger Älterer	Permanente Reaktion auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Förderung von Programmen und Projekten, die das aktuelle Interesse des Publikums - generationsübergreifend und international - treffen	<i>Akademie für Ältere leistet bereits an Interessen Älterer orientierte Erwachsenenbildung.</i>
SOZ 3/ Amt 61	Erhöhter Koordinationsaufwand des BE → Koordination verbessern	Veränderung der öffentlichen Verwaltung. Mehr Information und Unterstützung im Umgang mit den unterschiedlichsten Verfahren. Andere Öffnungszeiten und Beratungsleistungen.	

6 „Verwaltungsintern und Sonstiges“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
QU 4/ Amt 16	Chancengleichheit nimmt an Bedeutung zu → Stärkung der Querschnittsfunktion Chancengleichheit in der Stadtverwaltung	Schulung aller Ämter, insbesondere der Führungskräfte. Regelmäßige gleichstellungspolitische Zielvereinbarungen mit allen Ämtern, (Eingang in Produkt- und Haushaltsplan bzw. Rechenschaftsbericht). Qualifizierte Ausweisung der gleichstellungspolitischen Relevanz bei gemeinderätlichen Vorlagen. Regelmäßige Evaluation der erbrachten Leistungen, sowie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Konsequenzen Abbau noch vorhandener Unterrepräsentanz von Frauen bei politischen Entscheidungsfindungen.	
SOZ 9/ Amt 11	Qualifizierung nimmt an Bedeutung zu → Bessere Qualifizierung	Fachlich kompetente und engagierte Beschäftigte mit hoher persönlicher und sozialer Kompetenz. Umgang der Beschäftigten untereinander verbessern. Qualifizierte Ausbildung und laufende, bedarfsorientierte Fortbildung, insbesondere auch sprachliche Fähigkeiten. Mediation.	
SOZ 9/ Amt 37	Rückgang der jüngeren Bevölkerung führt zu rückläufigen Mitgliederzahlen bei Feuerwehr und freiwilliger Feuerwehr → Mitglieder gewinnen	Modifizierung des Dienstrechts und der Ausbildung, interkommunale Zusammenarbeit verstärken. Verbesserung der Menschenführung, Vorbildfunktion öffentl. Arbeitgeber b. d. Freistellung. Bevorzugte Einstellung/Beförderung von Angehörigen der FF, Schaffung steuerlicher Anreize für Unternehmen für Freistellung, Anerkennung der berufl. Qualifikation, Führungsfunktionen auf Zeit vergeben, Übergang JF/FF erleichtern, Öffnung des Beamtenrechts für Nichtdeutsche, Zugang für alle Berufe, auch ohne Berufserfahrung, Anhebung des Höchstalters, Abschaffung der Anwärterbezüge, Vergütung im Eingangsamt, Öffnung des g.D. und h.D. für alle Disziplinen von FH und U/TH. Erstellung eines Anforderungsprofils für die Laufbahnen mit Darstellung geeigneter Auswahlkriterien, Erhöhung des Frauenanteils, stärkere interkommunale Zusammenarbeit.	Vom DST wurde bereits eine AG gebildet, die Lösungsvorschläge erarbeitet. Die Uni Kiel begleitet die Thematik wissenschaftlich.
UM 1/ Amt 70	Durch Anlieferung von Abfällen außerhalb des ZARN-Gebiets (nach 2012) wird sich die Auslastung der MVA in Mannheim weiter erhöhen. → Optimierungsmaßnahmen	Bindung der Stadt HD bis 2012 an den ZARN-Vertrag, der die Entsorgung der Beseitigungsabfälle in der Region sichert. Durch Optimierungsmaßnahmen können evt. finanzielle Konsequenzen, die sich durch den Demographischen Wandel ergeben aufgefangen werden.	Die ansteigende Auslastung der MVA könnte sich positiv auf die Müllverbrennungspreise auswirken. Komfortservice trägt den Belangen Älterer bereits heute schon Rechnung
QU 1/ Amt 11	Veränderungen der finanz. Rahmenbedingungen → Effizienz weiter steigern	Mehr Qualität bei zugleich geringeren Kosten. Verwaltungsabläufe optimieren und Synergien nutzen. Kosten-Nutzen-Verhältnis als Prüfkriterium bei Leistungen der Stadt.	



6 „Verwaltungsintern und Sonstiges“

6 „Verwaltungsintern und Sonstiges“

	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
UM 1/ Amt 70	Auswirkungen auf Haus- und Sperrmüllmengen sind marginal → Flexible Entsorgungsstrukturen	Tendenz steigender Abfallmengen durch die neuesten Entwicklungen im Bereich der Recyclingverfahren kompensiert werden. Die Entsorgungsstrukturen flexibel an die sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen.	Änderungen in der Bebauungs- und Infrastruktur haben auch Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft.
QU 1/ Amt 21	Bevölkerungsanstieg bis 2020 führt zu einer geringfügigen Zunahme des Zahlungsverkehrs und der Zahl der Vollstreckungsaufträge → Effizienz weiter steigern	Rationalisierung durch Modifizierung der Personenkontenführung oder personelle Verstärkung. Altersgerechte Angebote. Vermehrte Internetnutzung und Internetbanking. Bürgerfreundliche, verständliche Formulare, Zahlungsanweisungen und Bescheide.	<i>Zweifelhaft, ob gerade älteren Mitbürgern damit die Zahlung leichter fällt.</i>
UM 2/ Amt 11	Veränderungen der Umweltbedingungen → langfristige Handlungskonzepte	Prioritäten setzen u. solide, langfristige Handlungskonzepte entwickeln.	
UM 3/ 01 - Ag	Nachhaltigkeit wird wichtiger → Bessere Öffentlichkeitsarbeit	Zielgruppenspezifische Maßnahmen und Formen der Öffentlichkeitsarbeit für nachhaltiges Verhalten im Alltag z.B. nachhaltiger Konsum.	
MO 2/ HGG	Marginale Bedarfssteigerung bei der Stellplatzzahl in Tiefgaragen → Angebote anpassen	Realisierung der geplanten Friedrich-Ebert-Platz-Tiefgarage.	Kapazitäten der HGG Parkhäuser und Anwohnergaragen können auch künftig wirtschaftlich genutzt werden.
SOZ 9/ Amt 37	Mehr und kompliziertere Einsätze im Rettungsdienst → Bagatelleinsätze vermeiden	Auf immer mehr und kompliziertere Einsätze im Rettungsdienst und Verlagerung des Katastrophenschutzes auf die Kommunen einstellen. Aufnahme gezielter Werbemaßnahmen. Mittelfristig: Aufstellung einer Werkfeuerwehr für die Universität.	Erhöhtes Gefahrenpotentials im Bereich INF.
KU 1/ Amt 15	Zunahme der Älteren und Hochbetagten → Zunahme bewältigen	Zunahme der Gratulationen bei hohen Geburtstagen und Jubiläen berücksichtigen.	<i>Betrachtungsweise ist beschränkt auf Geburtstage und Jubiläen. Was ist z.B. durch das Anwachsen der Migranten u.a. Gruppen an veränderten Aufgaben (z.B. Sprachkompetenzen) anzunehmen für die Bürgerämter?</i>
WO 6/ Amt 62	Die Nachfrage nach Wohnraum wird in den nächsten 1 ½ Jahrzehnten zunehmen. 10.000 EW mehr und wachsender Wohnraumbedarf → Personelle und finanzielle Voraussetzungen für Vermessung schaffen	Steigende Auftragslage für (Ingenieurs- und Kataster-) Vermessungen bei Neubauten (z.B. Bahnstadt) und bei (altengerechter) Sanierung, Renovierung berücksichtigen. Jetziger Fachpersonal-Bestand muss beibehalten werden. Rechtzeitige Einstellung jüngerer Mitarbeiter/innen als Ersatz für altersbedingte Personalabgänge (z.B. Übernahme von Azubis).	Erhöhter Finanzbedarf bei (schnellerer) Realisierung von Großprojekten, wie die Bahnstadt. Bei weiteren Personaleinsparungen, sind die künftigen Aufgaben nicht mehr im erforderlichen Maß zu leisten.

6 „Verwaltungsintern und Sonstiges“



	Analyse → Ziel	Strategien und Maßnahmen	Zusatzinfos und Anmerkungen Amt 12
HKT GmbH	<p>Aus touristischer Sicht ist der D.W. in Heidelberg nicht relevant</p> <p>→ Lokale und regionale Entwicklungen aufgreifen</p>	<p>Das Marketing orientiert sich an den Ergebnissen aus Marktuntersuchungen und Statistiken. Lokale und regionale Entwicklungen werden – soweit sie von touristischer Bedeutung sind – aufgegriffen und für die touristische Arbeit eingesetzt.</p>	<p><i>Es wird viel mehr Ältere geben, die reisen. Frühzeitig sollte sich darauf eingestellt werden. Junge Menschen (Männer + Frauen) sollten umworben werden. Heidelberg soll gerade für sie attraktiv sein. (GGfs. lassen sie sich hier nieder.)</i></p>

6 „Verwaltungsintern und Sonstiges“

**Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010, Heidelbergs Lokale Agenda
Die wichtigsten Leitlinien und Ziele auf zwei Seiten, Stand 24.06.03**

QU	Querschnittsziele
1	Solide Haushaltswirtschaft
2	Investitionen fördern, die einen gleichermaßen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen aufweisen
3	Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern
4	Gleichstellung von Frauen und Männern
5	Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen
6	Integration u. interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische u. religiöse Heterogenität berücksichtigen
7	Partnerschaft mit der Universität ausbauen
8	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, globale Verantwortung leben
SL	Städtebauliches Leitbild
1	Einzigartigkeit von Stadt- u. Landschaftsraum sowie historisches Erbe der Stadt(teile) bewahren
2	Erhaltenswerte kleinräumige städtebauliche Qualitäten respektieren
3	Stadtteilzentren als Versorgungs- und Identifikationsräume stärken
4	City als übergeordnetes Zentrum sichern
5	Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung
6	Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen
7	Leitbild „Stadt am Fluss“ berücksichtigen
8	Groß- und kleinräumige Freiflächen erhalten und entwickeln
9	Bewahrung des Charakters als Stadt im Grünen
10	Barrierefrei bauen
11	Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern
12	Stärkere Funktionsmischung
13	Dichtere Bauformen
RK	Regionale Kooperation und Regionalentwicklung
1	Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern
2	Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern
AB	Arbeiten
1	Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen
2	Langfristig breites, sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenströmen sichern
3	Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen
4	Stärkung von Mittelstand und Handwerk
5	Erhalt der Einzelhandelsstruktur
6	Produktionsstätten erhalten
7	innovative Unternehmen ansiedeln
8	Flächenvorsorge, wenn Flächensicherung nicht flächenneutral geschehen kann
9	Bessere räumliche Zuordnung von Wohnen und Arbeiten
10	Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken
11	Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- u. Pflegeaufgaben erleichtern
12	(Wieder)eingliederung ins Erwerbsleben u. neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen
13	Gerechte Umverteilung sinnvoller Erwerbsarbeit
14	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben
15	Kommunale Wirtschaftsförderung regional einbinden

WO	Wohnen
1	Wohnraum für alle, 8-10.000 Wohnungen mehr
2	Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen, Konzentration auf den preisgünstigen Mietwohnungsmarkt
3	Wohnungsbau und Beschäftigungspolitik verknüpfen
4	Verdrängungsprozesse verhindern
5	Wohnflächenzuwachs pro Kopf begrenzen
6	Wohnungen und Wohnumfeld für die Interessen aller gestalten
7	Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur
8	Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten
9	Ökologisches Bauen fördern
10	Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes auf regionaler Ebene
UM	Umwelt
1	Umweltsituation verbessern
2	Dauerhafter Schutz von Wasser, Boden, Luft, Natur, Landschaft und Klima
3	Verbrauch von Rohstoffen vermindern
4	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben
5	Umweltqualitätsziele jährlich bilanzieren
6	Biotop- und Artenschutz unterstützen, Vielfalt der Landschaft erhalten u. fördern
7	Ökologische Land- und naturnahe Waldwirtschaft fördern
8	Umweltbewusstes Handeln und Eigeninitiative fördern
9	Dem Trend zur Zersiedlung entgegensteuern
MO	Mobilität
1	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern
2	Minderung der Belastungen durch den motorisierten Verkehr
3	Gleichwertige Erschließung aller Stadtteile vorrangig durch Straßenbahnen
4	Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur
5	Erreichbarkeit der Innenstadt gewährleisten
6	Mehr Mobilität ohne mehr motorisiertem Verkehr
7	„Stadt der kurzen Wege“ und Verkehrsvermeidung fördern
SOZ	Soziales
1	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
2	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
3	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
4	Verstärkte Quartiersarbeit über Zuwendungs- u. Leistungsverträge mit Qualitätskontrolle
5	Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche
6	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen
7	Integration behinderter Kinder und Jugendlicher
8	Den Umgang miteinander lernen
9	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern
10	geeignete Infrastruktur für alte Menschen
11	Unterstützung der für Frauen relevanten Dienstleistungen
12	Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten
13	Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen
14	Zeitgemäßes Sportangebot sichern
KU	Kultur
1	Kommunikation und Begegnung fördern
2	Kulturelle Vielfalt unterstützen
3	Qualitätsvolles Angebot sichern
4	Freiraum für unterschiedlichste, kulturelle Ausdrucksformen
5	Kulturelles Leben in den Stadtteilen fördern
6	Schloss für kulturelle Veranstaltungen intensiv nutzen
7	Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Leben verbessern

